



Nr. 4 (lauf. Nr. 30) 20. Jahrgang, 2. Band

1901-1902

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein dunkler Maitag.

Vielleicht über keine Erscheinung, die aus dem Emanzipationskampf des modernen Proletariats erwachsen ist, gehen die Meinungen so weit aus einander, wie über das internationale Maifest. Während die Einen darin eine scharfe und wichtige Waffe sehen, sind die Anderen in ihren Ansprüchen an den Maitag viel bescheidener; für sie ist er kaum mehr als ein erfrischender und erquickender Erholungstag, sozusagen eine große Familienfeier oder gar nur ein gemüthliches Kaffeekränzchen der Arbeiterklasse.

Es hieße mit einer blirgerlichen Trivialität aufwarten, wenn man sagen wollte, daß die Wahrheit in der Mitte läge. Vielmehr kann der Maitag das Eine oder das Andere oder auch ein Mittleres zwischen diesen Extremen sein, je nach Ort und Zeit und Umständen, von denen er ebenso abhängig ist, wie jede andere politische Kundgebung. Es ist bekannt genug, daß er für die Arbeiterklasse des einen Landes eine viel größere Bedeutung haben kann und hat, als für die Arbeiterklasse des anderen Landes, aber auch für dasselbe nationale Proletariat wechselt seine Art und sein Wesen, je nachdem die Zeiten wechseln. „Begeisterung ist keine Heringswaare, die man einpökelt auf lange Jahre“, hat schon Goethe gesagt; nichts natürlicher und unvermeidlicher, als daß die Wiederkehr des Maifestes nicht immer die gleiche Begeisterung weckt, daß der Festtag der Arbeit das eine Mal mit wichtigerem Schritte auftritt und sich's das andere Mal bequemer macht.

Nach einem anderen Worte Goethes ist nichts so schwer zu ertragen, als eine Reihe von guten Tagen, und vielleicht haben die verhältnißmäßig langen Jahre des industriellen Aufschwunges das Maifest ein wenig in der Richtung beeinflusst, daß es mit einigem Scheine von Recht als ein gemüthliches Familienfest aufgefakt werden konnte. In diesem Jahre aber steigt es in dunklen Schatten empor, und mehr denn je werden die deutschen Arbeiter auf seine historische Bedeutung hingedrängt. Auf ihnen lastet die verheerende Wucht einer Weltmarkt-

Krisis, und wenn sonst solche Ungewitter die revolutionäre Kraft der internationalen Arbeiterbewegung auszulösen pflegen, so ist zwar diese Wirkung an sich nicht ausgeblieben, aber der erste Ausbruch jener revolutionären Kraft hat mit einer traurigen Niederlage des Proletariats geendet, mit einer traurigen, weil selbstverschuldeten Niederlage, die ihre verbunkelnden Schatten auf dies Mäifest werfen wird, überall wo sich moderne Arbeiter zu seiner Feier versammeln.

Wenn wir vor acht Tagen an dieser Stelle die Befürchtung aussprachen, daß sich für die belgischen Arbeiter das anscheinend gefahrlosere Spiel der liberalen Zwischenträger gefährlicher erweisen werde, als die gewaltsamen Methoden der ultramontanen Reaktion, aber die Hoffnung hinzusetzten, daß die liberalen Zwischenträger in dem einmal entbrannten Kampfe fortgesetzt werden würden, so hat sich nur unsere Befürchtung, nicht jedoch auch unsere Hoffnung erfüllt. Unsere belgischen Genossen oder vielmehr ihre Führer haben sich von den süßen Nebeln der liberalen Heuchler befreien lassen; sie haben das unerhörliche Schauspiel gegeben, innerhalb hundert Stunden den Generalstreik erst zu kommandieren und dann abzukommandieren. Alle tönenden Nebensarten, daß damit der Sieg im Kampfe ums allgemeine und gleiche Wahlrecht zwar aufgeschoben, aber nicht aufgehoben sei, ändern durchaus nichts an dem peinlichen Charakter eines Mißerfolges, wie er in gleicher Weise mindestens seit den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, seit dem Wirken der Internationalen Arbeiterassoziation, nicht mehr in den Jahrbüchern des kämpfenden Proletariats verzeichnet worden ist.

Sicherlich hat die Arbeiterklasse schon viel schwerere und viel verhängnisvollere Niederlagen erlitten; in dieser Beziehung sind wir weit entfernt davon, die Vorgänge in Belgien irgendwie zu überschätzen. Entscheidende Schlachten des proletarischen Emanzipationskampfes können und werden auf dem engen Boden dieses kleinen Landes gewiß nicht geschlagen werden; ob die belgischen Genossen das gleiche Wahlrecht jetzt oder erst in Jahren oder selbst überhaupt nicht erlangen, das ändert an dem großen Gange der Dinge wenig. Aber Niederlagen und Niederlagen sind für die Arbeiterklasse ganz verschiedene Dinge, je nachdem die Schlacht ehrlich und rechtschaffen ausgetragen oder vorzeitig in kurzfristiger Verblendung abgebrochen worden ist; jene Niederlagen stärken die unterlegenen Kämpfer und machen sie tüchtig für künftige Siege, diese entnerven und lähmen und zerrütten auf lange Zeit die ganze Arbeiterbewegung.

In dieser Beziehung darf man die belgischen Vorgänge denn auch nicht unterschätzen und sich am wenigsten an ihrer Kritik mit der Medensart vorbeibrücken, der Takt gebiete, sich nicht in die Angelegenheit einer Schwesterpartei zu mischen. Nicht nur haben die belgischen Arbeiterführer die Unterstützung aller europäischen Arbeiterführer für ihren Kampf angesprochen, was natürlich ihre Pflicht wie ihr Recht war, wenn sie diesen Kampf siegreich durchzuführen beabsichtigten, sondern ihre ganze verfehlte Taktik — und das mag man ihren Personen zur Entlastung anrechnen — ist keineswegs ein spezifisch belgisches, sondern ein europäisches Uebel. Das Streben, mit der alten, ehrlichen, revolutionären Taktik des klassenbewußten Proletariats zu brechen, mit jener Taktik, die einzig und allein die Emanzipationsinteressen der Arbeiterklasse im Auge hat und die keinen Augenblick

vergibt, daß sie sonst auf der weiten Welt nur offene Feinde und falsche Freunde besitzt, das Streben statt dieser Taktik mit aller möglichen Menschheit zu mogeln, auf die Ehrlichkeit und das Wohlwollen der Liberalen zu vertrauen und aus distrekter Entfernung mit leibhaftigen Fürsten sanfte Liebesblicke oder gar Händeblicke zu tauschen, dies Streben behindert mehr oder minder alle europäischen Arbeiterparteien und deshalb hat es in Brüssel ganz logischer und verbienter Weise mit einer europäischen Blamage geendet.

Es ist auch ganz logisch und ganz verdient, wenn jetzt die Organe desselben Liberalismus, um bessentwillen die belgischen Arbeiterführer den Feldzug um das allgemeine und gleiche Wahlrecht verfahren haben, am lautesten über die „enorme Niederlage“ der belgischen Sozialdemokratie lärmten. Wir sehen keineswegs einen Vorzug darin, daß die Tatsache dieser Niederlage aus der Welt geschafft werden soll, mit rednerischen Künsten, die nur beweisen, daß wenn man einmal mit dem liberalen A angefangen hat, sich nun auch bis zum liberalen Z durchbuchstabieren muß. Ein Spezialberichterstatter einiger Parteiblätter, der die belgischen Arbeiterführer als „herrliche Menschen“ geschildert hatte, in einem Stil, der bisher in der Parteipresse als unbeneidete Eigenthümlichkeit des „Berliner Tageblattes“ und „Sokalanzeigers“ zu gelten pflegte, war nun auch außersehen, die Gründe ihrer Taktik „nach eingehenden Unterredungen“ zu offenbaren. Er argumentirte so: Es wäre sehr leicht gewesen, einen „Bürgerkrieg“ — dies ist nämlich der „staatsmännische“ Ausdruck für Revolution — zu entfesseln und den König von Belgien zu verjagen. Aber dann hätte man mehr als das allgemeine und gleiche Stimmrecht erreicht, und dies Mehr wäre vom Uebel gewesen. Denn „entfesselt man ihn“, nämlich den „Bürgerkrieg“, „so kann nur die Errichtung der sozialen Republik sein Ziel sein. Aber dazu erachten die einsichtigen belgischen Genossen, die ein ausgeprägtes Verantwortlichkeitsgefühl besitzen, das dortige Proletariat noch nicht reif.“ Zudem aber würde, im Falle der König von Belgien daran glauben müßte, eine ausländische militärische Intervention wahrscheinlich, wenn nicht sicher sein, und die Bajonette der Preußen und Franzosen würden das belgische Proletariat über den Haufen rennen. Also muß das Proletariat auf den Generalstrike zur Eroberung des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes verzichten, denn der Generalstrike könnte gar zu leicht dazu führen, den „Bürgerkrieg“ mit all jenen verhängnißvollen Folgen zu entfesseln.

Man findet diesen Gallimathias in der Nummer des „Vorwärts“ vom 23. April d. J., wobei wir jedoch bemerken wollen, daß sich die Redaktion unseres Zentralorgans ausdrücklich dagegen verwahrt. Kulturhistorisch ist er aber als proletarische Kundgebung aus dem Jahre 1902 von einem gewissen Interesse, denn man findet hier alle „staatsmännischen“ Gesichtspunkte der liberalen Märzminister aus dem Jahre 1848 wieder: die schönen Worte von der Revolution, die ehrerbietig an den Stufen des Thrones stehen bleibt, von der sozialen Republik, die fix und fertig ist, wenn irgend eine armselige monarchische Null zum Lande hinauspedirt wird, von den „einsichtigen“ Staatsmännern, die von ihrem „Verantwortlichkeitsgefühl“ beseelt, das Volk für noch „nicht reif“ halten, um die Freiheit zu genießen, endlich von dem ausländischen Habicht, der das

einheimische Rücklein Freiheit zerfleischen wird, wenn es ein wenig zu piepsen wagen sollte. In dieser famosen Darstellung schwillt König Leopold zu einer Art vorintusithlichem Mammuth auf: er verkörpert in sich die ganze bürgerliche Gesellschaft, die mit ihm spurlos vom Schauplatz verschwindet, und er ist ein so kostbarer Träger des monarchischen Berufs, daß um seiner Restauration willen selbst nicht einmal die französische Republik den Weltkrieg scheut, der mit einer militärischen Besetzung des neutralen Belgiens verbunden wäre.

Auf ganz gleichen Ton mit diesem Spezialberichterstatter einiger deutschen Parteiblätter ist der „Peuple“ gestimmt, das Brüsseler Parteiorgan, das noch am vorigen Sonnabend mit äußerster Energie für den Generalstreik eintrat und schon zwei Tage darauf, nämlich am Montag, mit gleicher Energie die Fahne des Rückzugs schwenkte. Auch ihm hat es der König Leopold angethan: „Der König wird sich nicht bis zum Aeußersten mit dieser Erwürgungspolitik solidarisch erklären.“ Freilich gehört es zum Wesen einer so tief sinnigen Politik, daß ihr alle Dinge zum Besten dienen müssen, und in der Hauptsache demonstrieren der „Peuple“ und der Spezialberichterstatter allerding's aus den genau entgegengesetzten Gesichtspunkten. Während dieser erklärt, es müsse rückwärts marschirt werden, weil sonst das Königthum aus purem Ueberschuß an Kraft sozusagen beiläufig über den Haufen gerannt werden könne, begründet der „Peuple“ den Rückmarsch vielmehr wie folgt: „Die Arbeiter werden begreifen, daß es unsere gebieterische und heilige Pflicht ist, von ihnen kein unnützes Opfer zu verlangen von dem Augenblick an, wo die Regierung gezeigt hat, daß sie vollkommen entschlossen war, nichts zu bewilligen, und sich von diesem Entschluß weder durch das Glend des Volkes, noch durch blutige Opfer abbringen zu lassen.“ Der Eine marschirt rückwärts, um die Regierung nicht versehentlich über den Haufen zu rennen, der Andere marschirt rückwärts, weil die Regierung mit aller Gewalt nicht über den Haufen gerannt werden kann, aber was kommt es viel auf die Gründe an, wenn doch einmal rückwärts marschirt werden soll?

Der einzige Trost an der trostlosen Affäre war die Haltung des belgischen Proletariats, das, voll revolutionärer Energie zu jeder Kraftanstrengung und jedem Opfer bereit, sein Spiel allein durch die falsche Taktik seiner Führer verloren hat. Irgend einen bösen Willen haben diese Führer gewiß auch nicht gehabt, aber die edle Absicht entschuldigt in der Politik nicht den Mißerfolg, und gerade wenn die falsche Taktik, die in Belgien zu einer so empfindlichen und peinlichen Niederlage geführt hat, aus lauterem Beweggründen getrieben worden ist, muß sie um so rücksichtsloser bekämpft werden. An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, und die belgische Kampagne ums Wahlrecht hat zur Genüge gezeigt, welche Früchte der „Opportunismus“ oder der „Revisionsismus“ zeugt oder wie sich die berühmte Methode sonst noch nennen mag, die dadurch am schnellsten vorwärts zu kommen glaubt, daß sie die Pferde hinter den Wagen spannt.

So fällt manch dunkler Schatten auf das Maifest dieses Jahres, aber deshalb soll es uns nicht schlechter sein. Im Gegentheil, um so mehr wird es vor der Gefahr gedankenloser Zerstreuung geschützt sein, um so wirksamer wird es

demonstrieren nicht nur für den Achtstundentag, nicht nur gegen den Militarismus, sondern auch für die alte, ehrliche, revolutionäre Taktik, die mit Niemandem liebte, um stets das ausschließliche Interesse des Proletariats im Auge zu behalten, die der Partei noch immer durch das rauheste Gelände geholfen hat, während die scheinbar grünen Wiesen der Kompromisse sich allemal als die schillernden Decken unergründlicher Sümpfe erwiesen haben und erweisen.

Internationalität und Ethik.

Von Marx Zetterbaum.

Nichts, kein Atom unserer Theorien oder unserer Weltanschauung haben die Revisionisten bisher erschüttert, geschweige beseitigt, aber an Allem, was wir für wahr oder werth halten, haben sie mit ihren Bedenken und Anzweiflungen herumgeknabbert. Nur Eines ließen sie — wie mir scheint — bisher unangetastet: die Idee der Internationalität.

Diese Idee ist zwar keine spezifisch marxistische, aber thatsächlich waren es Marx und Engels, die zuerst die Internationalität als Schlachtruf des Proletariats verkündeten, dann ihr sichtbare Gestalt verliehen und den europäischen Sozialismus mit dieser Idee erfüllten.

Nun hat jetzt auch der Verlag Edelheim ein Schriftchen über „Nationalismus und Internationalismus im neunzehnten Jahrhundert“¹ in die Welt geschickt. Dr. Ladislaus Gumplowicz, früher Anarchist, jetzt natürlich Revisionist, der als solcher stets für „reine“, von wirtschaftlichen Verhältnissen „unbefleckte“, „ideale“ Güter, für „reinen Idealismus“ und dergleichen eintritt, ist ihr Verfasser, und es ist daher von besonderem Interesse zu sehen, wie ein revisionistischer „Ethiker und Idealist“ ideale Fragen behandelt. Also in der Sache selbst natürlich kein Hinweis auf die verschiedenen Arten von Nationalismus, adeligen, bürgerlichen und Volksnationalismus, kein Hinweis auf die wirtschaftlichen Grundlagen der verschiedenen Art der Betätigung der einzelnen Klassen an der nationalen Frage (weht doch im Verlag Edelheim die weiße Friedensfahne mit der Rossigischen Devise des „Klassenbundes“ gegenüber der rothen des Klassenkampfes), natürlich also viele Schiefheiten der Perspektive in der Darstellung, aber alle diese wirklichen oder, wie der Verfasser meinen würde, angeblichen Fehler erlassen wir ihm leichten Herzens. Aber wie steht es mit der Behandlung der idealen Frage? Den Nationalismus, das nationale Empfinden preist der Verfasser nach Gebühr und wir sind mit ihm darin völlig einverstanden. Ja, es würde sogar die alte Marysche Forderung, den russischen Zarismus zu zertrümmern, um eine Reihe von Kulturnationen zu befreien und die europäische Demokratie zu sichern, bei einem Revisionisten überraschen, wüßten wir nicht, der Verfasser betrachte sich als Pole und nehme warmen Antheil an dem Schicksal seiner unglücklichen Nation. Aber schließlich ist das Nationalgefühl dem Proletariat mit anderen Volkschichten, zum Beispiel mit dem Bürgerthum, gemeinsam und aus verschiedenen leicht erklärlichen Gründen tritt es bei dem Proletariat freier Nationen oft schwächer auf als

¹ Am Anfang des Jahrhunderts, VII, Dr. Ladislaus Gumplowicz, „Nationalismus und Internationalismus im neunzehnten Jahrhundert“, Verlag Aufklärung (Sohn Edelheim), Berlin

im Bürgerthum. Gingegen hat sich der Internationalismus aus der tiefsten Bewußtheit des eigenen Klassenempfindens des Proletariats entwickelt, ist er seine eigene idealste That. Für diese lebensigste Idee des Proletariats hat der Verfasser kein Wort, er erwähnt ihrer einfach nicht. In seiner Schrift über Internationalismus findet der Leser keine Silbe über die historische oder andersartige Existenz einer Internationale. Diese Thatsache charakterisirt die für den Massenabsatz bestimmte Schrift als eine entschieden unsocialistische.

Der Verfasser spricht bloß vom Internationalismus der — Großmächte, die gemeinsam berathen und handeln, und er bedauert höchstens, daß eine dieser Großmächte, Rußland, eine Despotie sei. Aber wenn die Politiker des Verlags Edelheim, der Russenfreund Novikow und der Russenfeind Gumpłowicz, keinen anderen „Internationalismus“ als den der Großmächte sehen und würdigen, ist für einen Sozialdemokraten der proletarische Internationalismus von höchster Bedeutsamkeit. Und wenn schon die „Ethiker“ und „Idealisten“ der Idee der Internationalität mit gebührendem Respekt von Weitem ausweichen, so wollen wir „materialistischen“ Marxisten gerade jetzt den ökonomisch-gesellschaftlichen Untergrund für die Entstehung der proletarischen Internationalität, die ganze ökonomische und politische Bedeutung der von uns so zäh propagirten und vertretenen Idee für einen Augenblick bei Seite lassen und uns auf ihren ethischen Gehalt, der in ihr für uns stets lebt, besinnen. Wir wollen hierbei bloß einen kleinen Zipfel von jener gewaltigen ethischen Welt, die im Marxismus enthalten ist, wegheben. Eines ist sicher: dieser Gehalt, den wir auseinanderlegen wollen, sowie all die Fülle des höchsten ethischen Aufstiegs, der im Marxismus enthalten ist, können nicht gepredigt, sondern im Proletarier nur durch die Gesamtheit der Marx'schen Ideen erzeugt werden. Und wenn unsere Ethiker wirklich eine Ahnung vom Wesen tiefter Ethik hätten, würden sie wissen, daß „geprebigte“ Ethik überhaupt keine Ethik ist und sein kann. Doch darüber und manches Andere von Marxismus und Ethik ein anderes Mal.

Kehren wir zur Idee der Internationalität zurück.

In dem Einzelbewußtsein äußert sich die Idee der Internationalität als das Bewußtsein der wirklichen (oder möglichen, also einstweilen ideellen) Einheit meines Strebens mit dem Streben des Proletariats aller Länder nach denselben gesellschaftlichen Lebenszwecken — also in deren letztem sozialistischen Ziele nach der Befreiung und Erlösung der Menschheit von jedem Joche und jedem Drucke. Diese Befreiung und Erlösung der Menschheit von jedem Joche und jedem Drucke bedeutet eo ipso die Befreiung des menschlichen Geistes¹ von jeder äußeren Schranke, bedeutet seine höchste Entfaltung, seine Freiheit und seinen unendlichen Fortschritt. Beseelt von der Idee der Internationalität fühle ich mich also beseelt von dem Bewußtsein der Einheit dieses meines Strebens nach der vollen Befreiung und Entfaltung des menschlichen Geistes, also meines tiefsten Geistesinhaltes mit dem Geistesinhalt und Geistesdrang des Proletariats aller Länder, Völker und Zonen. Und da ich mich heute in dieser Einheit des Geistes mit Hunderttausenden Proletariern Eins weiß, da ich weiß, daß diese Idee sich immer mehr verbreitet und verbreiten muß, da ich allen wissenschaftlichen Grund habe, an den Sieg des Sozialismus zu glauben, so daß die ganze Menschheit von diesem Bewußtsein der Einheit im Geiste erfaßt sein wird, so ermöglicht und bedeutet die Internationalität thatsächlich das sich realisirende Leben

¹ Unter „Geist“ verstehen wir die Totalität des psychischen Lebens.

der Menschheit in der Einheit des Geistes, somit das vollendetste und vollkommenste Humanitätsideal, somit die Realisation und Erfüllung nicht nur der höchsten ethischen Ideen, sondern der Ethik selbst.

Das Humanitätsideal, von einzelnen Geistern des achtzehnten Jahrhunderts geträumt und empfunden, fand seinen höchsten theoretischen Ausdruck in der deutschen klassischen Philosophie. Der Mensch erscheint hier als Selbstzweck, als Träger der immer mehr, immer tiefer, immer reicher sich wissenden und entfaltenden geistigen Persönlichkeit. Die Ethik ihrer individuellen Seite nach manifestiert sich hier als das Leben im Geiste nach dessen tiefstem, reinstem, innerstem Gebot — ihrer allgemeinen Seite nach als der Drang des Geistes nach der Einheit alles Geistes oder, anders ausgedrückt, als die Uebereinstimmung des individuellen menschlichen Geistes mit der allgemeinen Entwicklung des menschlichen Geistes. Bedingt von den unvollkommenen Verhältnissen jener Zeit, konkretisiert sich diese Ethik in der abstrakten, inhaltlich unvollkommenen und nur eine Seite des Humanitätsideals offenbarenden, aber erhabenen Idee des Weltbürgerthums, zu der sich die besten Geister jener Zeit bekannten. Aber sogar in dieser unvollkommenen Form lebte das Humanitätsideal bloß in wenigen Einzelnen, die Massen standen noch ausnahmslos unter dem heteronomen religiösen Banne, das Bürgerthum kannte als Klasse theoretisch und praktisch nie eine andere Moral als die utilitarische. Erst mit dem Eintritt des Proletariats als aktiven Geschichtsfaktors in die Arena der Weltgeschichte beginnt aus dem Schoße der gesellschaftlichen Entwicklungsbedingungen heraus die Verwirklichung des Humanitätsideals. Denn die Verwirklichung der proletarischen Klassenideale bedeutet die Abschaffung der Herrschaft des Menschen über den Menschen, also die Abschaffung der Anwendung des einen Menschen als Mittel — als Objekt — für die Zwecke des anderen Menschen, sie stellt daher die Subjektwürde des Menschen her, restituiert ihm, die geistige Persönlichkeit, in die souveränen Rechte des Geistes. Das Reich des Geistes, der Freiheit und der aus der Bejahung in anderen Geistern geschöpften unendlichen Menschenliebe würde wirklich. Fallen so die Verwirklichung der proletarischen Klassenideale mit der Verwirklichung des vollkommensten Humanitätsideals zusammen, so bedeutet der Weg zu dem proletarischen Endziel auch die stufenweise Realisation des anderen Ideals. Diesen Punkt erkannten Marx und Engels, die Jünger der deutschen klassischen Philosophie, und sie bezeichneten darum auch stets das Proletariat als den alleinigen Erben dieser Philosophie. Sie verstanden zuerst, daß beide, das proletarische Klassenideal und das Humanitätsideal, sich geschichtlich als untrennbare Einheit bloß in der immer mehr wirklich werdenden Internationalität realisieren können, in jener Idee, die wir oben in ihrer Wirklichkeit als „das Leben der Menschheit in der Einheit des Geistes“ erkannten. Das höchste sittliche Ideal sollte nun nicht bloß in den Gedanken einiger erlebener Geister, sondern in der realen Wirklichkeit des gewaltigen geschichtlichen Lebens der Völker als gestaltende, reale Macht leben. Darum kennt die Geschichte keinen höheren ethischen Gipfelpunkt als den internationalen Sozialismus, und nirgends faßt er sich in einen herrlicheren Höhepunkt zusammen, als in dem Ruf und Sage, der als tiefste und letzte Schlussfolgerung eines gewaltigen Systems an dessen Ende gesetzt wurde, in dem Sage: „Proletarier aller Länder, vereinigt euch.“ Und fragt man, wo die Ethik des Marxschen Systems enthalten sei, so antworten wir den Böswilligen oder den Nichtwissenden einstweilen: In diesem einzigen Sage und seiner ständigen Verwirklichung seit fünfzig Jahren und in der Zeiten weiterer Folge.

Das wäre in wenigen Sätzen die Idee der Internationalität ihrem ethischen Gehalt nach. In ihrer Anwendung auf das nationale Leben, wo der Mensch sich als Glied einer Nation empfindet, bedeutet sie Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit der Nationen. Ein Konflikt zwischen Internationalität und Nationalität ist vom ethischen Standpunkt ausgeschlossen. Beide ergänzen und vereinigen sich harmonisch in den Gefühlen desselben Individuums und im Leben derselben Nation.

Dem kein geistiges oder sittliches Interesse der Welt verlangt die Unterdrückung oder die Mißhandlung einer Nation durch die andere, im Gegenteil, gerade diese höheren Interessen erfordern die Völkerfreiheit und die Brüderlichkeit unter allen Nationen. Und es liegt eine tiefe geschichtliche Logik darin, daß die Internationale beschlossen wurde gerade anläßlich einer internationalen Sympathieundgebung des Proletariats für das um seine Freiheit ringende Polen. Und in Oesterreich zum Beispiel, dessen Sozialdemokratie so sehr wegen ihres Programms und ihres Verhaltens zu der nationalen Frage gelobt wird, sind es ausnahmslos Internationalisten und Margisten, welche sich für die Gleichberechtigung aller Nationen einsetzen, jede nationale Unterdrückung bekämpfen.

Die Internationalität hat aus dem Grunde ihres Wesens heraus noch eine weitere ethische Bedeutung. Als realer Ausdruck der Menschheitsidee wird die Internationalität mit ihrer vollen Erfüllung der Menschheit auch den ewigen Frieden der Nationen bringen, den Traum, den die edelsten Geister geträumt, da der Wolf neben dem Lamm ruhen und die Schwerter in Pflugschiffen umgewandelt sein werden. In diesem Sinne erscheint als eine nothwendige Vorbedingung der vollen Verwirklichung der Internationalität sowohl die Aufhebung der Klassenherrschaft, dieser Quelle menschlicher Kriege und menschlicher Unterdrückung, als auch die volle Unabhängigkeit der Nationen, ihr freiestes Selbstbestimmungsrecht. Und als konsequente Folge der Internationalitätsidee erweist sich der Kampf gegen jede Klassenherrschaft und gegen jede Unterjochung von Nationen. Das, die ethische Forderung und Nothwendigkeit eines solchen Kampfes, hat schon Fichte in der Schilderung des idealen Zukunftsstaats in seiner „Bestimmung des Menschen“ sehr gut erkannt und ausgeführt. Nachdem er geschildert, wie die Menschen nach hartem Klassenkampf ihre freie Gesellschaft begründet haben, fährt er fort: „Durch die Errichtung dieses einigen wahren Staates, diese feste Begründung des innerlichen Friedens, ist zugleich der auswärtige Krieg wenigstens mit wahren Staaten seiner Möglichkeit nach abgeschnitten.“ Es werde nur noch ein letzter Krieg mit den monarchischen Staaten, welche ihre eigene und fremde Nationen unterdrücken, ja unterdrücken müssen, nothwendig sein. „Kein freier Staat kann Verfassungen, deren Oberherren Vortheile davon haben, wenn sie benachbarte Völker unterjochen, und die daher durch ihr bloßes Dasein die Ruhe der Nachbarn unaufhörlich bedrohen, vernünftiger Weise neben sich dulden; die Sorge für ihre eigene Sicherheit nöthigt alle freie Staaten, alles um sich herum gleichfalls in freie Staaten umzuschaffen und so um ihres eigenen Wohles willen das Reich der Kultur über die Wilden, das der Freiheit über die Sklavenvölker und um sich zu verbreiten.“ „Und so wird denn, nachdem nur einige wahrhaft freie Staaten entstanden, nothwendig das Gebiet der Kultur und der Freiheit und mit ihm des allgemeinen Friedens allmählig den ganzen Erdball umschlingen.“ Und deswegen, im vollen Sinne dieser Ausführungen des größten aller Ethiker, hat die internationale Sozialdemokratie nichts mit jener bürgerlichen Friedensbewegung gemein, die, von kurzsichtigen Illusionisten geschaffen, den Unterdrückern und Despoten ein Mittel

bieten soll, den Schrei der unterdrückten Nationen zu ersticken.¹ Die Sozialdemokratie will nämlich nicht den Raub der Staaten, sondern die Freiheit der Nationen sichern, um so die letzte und empörendste aus der Klassenherrschaft hervorgegangene Form der Unterdrückung zu beseitigen. So gehören denn Sozialismus und Internationalität als sich ergänzende Ideen auch ihrem ethischen Gehalt nach zusammen. Der Sieg der internationalen Sozialdemokratie bedeutet zugleich die Realisation des vollen, alle Lebensrichtungen umfassenden und in die Sphäre des Geistes erhebenden ethischen Ideals.

Und je mehr man von diesem Geiste erfüllt, je kampfesfroher und begeisterter, mit einem Worte je revolutionärer man für das ethische Ideal eintritt, desto mehr — wird man heute von gewissen Leuten als „nicht ethisch“ verschrien. Was diese Leute zu diesem Irrthum verführt und warum Andere, die den Geist des Sozialismus nie begriffen, ihnen nachreden, darüber, wie gesagt, ein anderes Mal. Einstweilen predigen sie uns „Ethik“ und „Idealismus“ und betrachten sich daher als „Ethiker“ und „Idealisten“. Die Ethik dieser Leute besteht dem Wesen nach in dem Verlangen an uns, wir sollen zum Beispiel die Existenz der Klassen, diese tiefste Verneinung des ethischen Menschenthums, dieses ethische Urrböse, nicht allzu scharf bekämpfen, wir sollen ferner die geschlossene Kette kausaler Erkenntniß der geschichtlichen Vorgänge, die uns nothwendig ist, damit wir uns über unser Thun und die Möglichkeit zur Vollführung unserer jeweiligen Aufgaben orientiren, aufgeben und wir sollen dafür „ethische“ Waffersuppen oder gar die Eingebungen von Leuten wie Nossig, Gumplowicz und Konsorten dem Proletariat anpreisen und so seinen klaren Blick, seinen Verstand und, was das Schädlichste wäre, sein — ethisches Empfinden trüben. Handelt es sich einmal nämlich wirklich um Ethik, dann wären wir übel dran, wenn wir auf diese Art Ethiker angewiesen wären.



Das belgische Experiment.

Von Rosa Luxemburg.

Der jähe Zusammenbruch der großen Aktion der belgischen Arbeiterschaft, auf die gespannte Blicke des gesammten internationalen Proletariats gerichtet waren, ist auch ein schwerer Schlag für die Arbeiterbewegung aller Länder. Zwecklos wäre es, uns mit den üblichen allgemeinen Redewendungen zu trösten, daß der Kampf nur hinausgeschoben, nicht aufgehoben ist, daß unsere Sache trotz alledem

¹ In einer der diesjährigen Märznummern der Wiener „Zeit“ wirft Herr Fried der Sozialdemokratie vor, sie schädige durch ihr Verhalten und Thun die Sache des allgemeinen Friedens — indem sie sich nicht den „Friedensfreunden“ anschließe. Zu Schleppträgern des Pazismus wird die Sozialdemokratie sich nicht machen lassen. Für diese „Friedensfreunde“ ist Eines charakteristisch. Den Zaren, den Eroberer und Bedrücker von Nationen, ferner die Herren von der interparlamentarischen Konferenz, die jedes Jahr nach dem Friedensongreß für Vermehrung der Nordwerkzeuge stimmen und reden, strudeln die Friedensfreunde an — ja, diese Leute mit dem Zaren an der Spitze nennen sich eben „Friedensfreunde“. Nun, bis nicht die „Friedensfreunde“ den Zar zur Einstellung der Rüstungen, ja Abrüstung, und die Herren von der interparlamentarischen Konferenz, also ihre Freunde, zur Verweigerung des Kriegsbudgets bewogen haben, mögen sie, wenn sie Gewissen haben, sich ruhig verhalten und die Sozialdemokratie nicht befehligen.

vorwärts marschirt, daß wir auch in Belgien, wie sonst, früher oder später siegen werden. Nicht der allgemeine Gang der Geschichte, der in letzter Linie uns in die Hände arbeitet, kommt bei der Beurtheilung jeder einzelnen Episode des Klassenkampfes in Betracht. Er ist nur die einmal gegebene objektive Voransetzung unserer Kämpfe wie unserer Siege. Was einzig in Betracht kommt, sind die subjektiven Momente, das bewußte Verhalten der kämpfenden Arbeiterschaft und ihrer Führer, das den klaren Zweck hat, uns den Sieg auf der kürzesten Linie zu sichern. Von diesem Standpunkt erscheint uns als die erste Aufgabe sofort nach der erlittenen Niederlage, uns möglichst klare Rechenschaft über ihre Ursachen abzulegen.

I.

Was vor Allem bei einem Rückblick auf die kurze Kampagne der letzten Wochen in die Augen springt, ist der Mangel einer klaren, konsequenten Taktik auf Seiten unserer belgischen Führer.

Erst sehen wir sie den Kampf nur auf die Kammer beschränken. Trotzdem hier von Anfang an so gut wie gar keine Hoffnung auf eine Kapitulation der klerikalen Mehrheit vorlag, machte die sozialistische Fraktion keine Miene, den Generalstreik zu proklamiren. Dieser brach vielmehr aus dem souveränen Entschluß der ungeduldbigen proletarischen Masse aus. Am 14. April schrieb der Brüsseler „Peuple“:

„Die Regierung ist, wie man sagt, entschlossen, auszuharren bis zum Aeußersten, die Arbeiterklasse ist nicht minder auf alles gefaßt. Und deshalb gerade wurde soeben der Generalstreik im ganzen Lande proklamirt, nicht von politischen Organen der Partei, sondern von ihren ökonomischen Vertretern, nicht von seinen Abgeordneten, sondern von den Gewerkschaftsdelegirten. Es ist das organisirte Proletariat selbst, das soeben feierlich die Arbeit überall niedergulegen beschloß, da es keine anderen Mittel sieht, um zu siegen.“

Und daselbe konstatierte der Abgeordnete Demblon in der Kammer am 18. April:

„Wer wagte es noch heute zu sagen, Niemand sei in Agitation außer den Agitatoren selbst, angesichts der donnerartigen Explosion des Generalstreikes, die uns selbst ganz unerwartet kam?“ (Siehe den Parlamentsbericht des „Peuple“ vom 19. April.)

Nachdem nun aber der Generalstreik einmal von selbst losgebrochen war, erklärten die sozialistischen Führer sofort ihre Solidarität mit den Arbeitermassen und die allgemeine Arbeitsruhe als das oberste Mittel des Kampfes. Generalstreik bis zum Siege — das wurde nun die von der sozialistischen Fraktion und dem Parteivorstand ausgegebene Losung. Tag für Tag feuerte der „Peuple“ vom 15. April die Streikenden an, in ihrer Position auszuharren.

„Aus der Tiefe ihrer Seele“, schreibt er am 16., „hätten die Sozialisten es gewünscht, nicht dazu (zum Generalstreik) gedrängt zu werden, und der Osterkongreß der Partei hatte auch nichts darüber beschloßen, indem er es den Umständen überließ, das richtige Kampfmittel zu bestimmen.“ Aber, führt das belgische Organ weiter aus, „der Generalstreik ist einzig im Stande, uns schließlich und trotz alledem den Sieg zu sichern.“

„Es giebt“, hieß es im „Peuple“ am 17., „in der Arbeiterklasse weder Ermüdung noch Entmuthigung, wir schwören es in ihrem Namen. Wir kämpfen bis zum Siege. . . .“

„Der Generalsstrike“, ruft der „Peuple“ am 18., „wird so lange dauern, als es nöthig ist, um das allgemeine Wahlrecht zu erobern!“

Am gleichen Tage beschloß der Generalrath der Arbeiterpartei, nach der Ablehnung der Revision in der Kammer, den Generalsstrike fortzusetzen.

Am 20. Morgens rief noch das Brüsseler Zentralorgan:

„Die Fortsetzung des Generalsstrikes, das ist die Rettung des allgemeinen Wahlrechtes!“

Und am gleichen Tage machten die sozialistische Fraktion und der Parteivorstand plötzlich Kehrtum und beschloßen: den Generalsstrike einzustellen.

Die gleichen Schwankungen äußerten sich in Bezug auf die andere Lösung der Kampagne: die Auflösung des Parlamentes. Als am 15. April die Liberalen in der Kammer die Auflösung forderten, enthielten sich die Sozialisten jeder Einmischung, befristeten also auch nicht die von der Bourgeoisie erwünschte Gineinschiebung des entscheidenden Momentes.

Jetzt, direkt vor dem Entschluß, den Generalsstrike aufzulösen, nehmen unsere Genossen plötzlich die Lösung wieder auf, und der „Peuple“ vom 20. empfiehlt den Arbeitern: „Erhebt überall einen gewaltigen Ruf nach Parlamentsauflösung!“ Und auch noch im Laufe der letzten Tage machte sich in diesem Punkte im Verhalten der Führer ein Sprung bemerkbar. Noch in der angeführten Nummer des „Peuple“, noch am 20. früh, wird der Generalsstrike als das einzige Mittel hingestellt, die Kammerauflösung zu erzwingen. Am gleichen Tage beschloß aber der Parteivorstand, den Generalsstrike einzustellen, und nun erscheint als der einzige Weg, die Auflösung des Parlamentes zu erreichen, die Einwirkung auf den König.

So durcheinander in Sprüngen, in Kreuz- und Querzügen liefen während der jüngsten belgischen Kampagne die verschiedenen Lösungen: die Obstruktion im Parlament, der Generalsstrike, die Kammerauflösung, die Intervention des Königs, wobei keine dieser Lösungen bis zu Ende durchgeführt und schließlich die ganze Kampagne, ohne jeden ersichtlichen Grund, mit einem Male erstickt und die Arbeitermassen mit verbügten Gesichtern und leeren Händen nach Hause geschickt wurden.

War von der parlamentarischen Mehrheit die Annahme der Verfassungsrevision nicht zu erwarten, dann ist es unbegreiflich, warum man dem Generalsstrike mit solchem Widerstreben und Zögern die Zustimmung gab. Und hatte man im Generalsstrike das einzige Kampfmittel erkannt, dann ist es räthselhaft, warum er plötzlich, gerade wo er den richtigen Anlauf nahm, eingestellt wurde.

Konnte man von der Parlamentsauflösung und den Neuwahlen wirklich die Befestigung der Merikalen erwarten, dann erscheint die Passivität unserer Abgeordneten unerklärlich, als der Antrag auf Parlamentsauflösung von den Liberalen gestellt wurde, und noch unerklärlicher ist die ganze jetzige Kampagne um die Verfassungsrevision, die doch sowieso bei den nächsten Wahlen thatsächlich erreicht werden konnte. Ist aber die Hoffnung auf die Neuwahlen unter dem heutigen Wahlsystem eitel, dann ist wiederum die heutige Begeisterung der Sozialisten für diese Lösung unbegreiflich.

Alle diese Widersprüche erscheinen unlösbar, solange man die sozialistische Taktik in der belgischen Kampagne an und für sich analysirt, sie können hingegen sofort mit größter Einfachheit erklärt werden, sobald man das sozialistische Lager in seiner Verbindung mit dem Liberalen betrachtet.

Die Liberalen hatten vor Allem schon das Programm der Sozialisten im jüngsten Kampfe bestimmt. Auf ihr Geheiß hatte nämlich die Arbeiterpartei auf

das Frauenstimmrecht verzichten, dafür die Proportionalwahl als Verfassungsklausel hinnehmen müssen.

Die Liberalen hatten ferner den Sozialisten auch die Mittel des Kampfes diktiert, indem sie gegen den Generalstreik vor dessen Ausbruch eiferten, indem sie ihm, nachdem er ausgebrochen war, die gesetzlichen Schranken aufnötigten, indem sie zuerst die Lösung der Kammerauflösung ausgaben, den König als den höchsten Schiedsrichter anriefen, endlich zuerst entgegen dem Beschluß des sozialistischen Parteivorstandes vom 18. April am 19. in ihrer Parteiitzung die Einstellung des Generalstreikes beschloffen. Den sozialistischen Führern fiel nur als Aufgabe zu, jeweilig die von ihren Mitriten ausgegebene Parole der Arbeiterschaft zu übermitteln und zu dem liberalen Texte die nöthige agitatorische Musik zu machen. Und schließlich auch den letzten liberalen Beschluß führten die Sozialisten gleich am anderen Tage, am 20., aus, indem sie ihre Truppen nach Hause schickten.

So erscheinen in der ganzen Kampagne die mit den Sozialisten allirten Liberalen als die eigentlichen Führer, die Sozialisten nur als ihre gehorsamen Willensvollstrecker und die Arbeiterschaft als eine passive Masse, die vermittlest der Sozialisten von der Bourgeoisie an der Leine geschleppt wurde.

Aus ihrer Mittelstellung zwischen der zum Kampfe vorwärtsstürmenden Arbeitermasse und der sie mit allen Mitteln zurückhaltenden liberalen Bourgeoisie erklärt sich die widerspruchsvolle und zaghafte Haltung unserer belgischen Parteiführer.

II.

Aber aus der führenden Stellung der Liberalen erklärt sich nicht nur der schwankende Charakter, sondern auch die schließliche Niederlage der Kampagne.

In dem bisherigen Kampfe um das allgemeine Wahlrecht, seit 1886, bediente sich die belgische Arbeiterklasse des Massenstreikes als des wirksamsten politischen Mittels. Ihm verbanke sie im Jahre 1891 die erste Kapitulation der Regierung und des Parlamentes: die Eröffnung der Verfassungsrevision; ihm verbanke sie im Jahre 1893 die zweite Kapitulation der herrschenden Partei: das allgemeine Wahlrecht mit dem Pluralvotum.

Es ist klar, daß auch diesmal nur der Druck der Arbeitermassen aufs Parlament und die Regierung ein greifbares Resultat erzwingen konnte. Wenn die Vertheidigung der Alerikalen schon in den neunziger Jahren, wo es sich erst um den Anfang der Konzessionen handelte, eine verzweifelte war, so mußte sie jetzt, wo es den Rest, die parlamentarische Herrschaft selbst auszuliefern galt, aller Voraussicht nach auf Tod und Leben gehen. Mit donnernden Kammerreden war da offenbar nichts zu erreichen. Nur der höchste Druck der Massen vermochte den höchsten Widerstand der Regierung besiegen.

Angesichts dessen erscheint schon von vornherein das Zaudern der Sozialisten in der Proklamirung des Generalstreikes, die offenbar stille Hoffnung, zum Mindesten der Wunsch, doch noch ohne den Massenstreik zu siegen, als das erste betrübende Zeichen der auf unsere Genossen abfärbenden liberalen Politik, die bekanntlich seit jeher alle Jerichomauern der Reaktion durch die Trompetenstöße der parlamentarischen Schönrednerei zu Falle zu bringen hofft.

Aber auch die Anwendung des Massenstreikes in Belgien ist in der eigenartigen politischen Lage ein ganz bestimmtes Problem. Der Streik wendet sich nämlich in seiner unmittelbaren ökonomischen Wirkung zunächst gegen die industrielle und kommerzielle Bourgeoisie, und nur zum geringeren Theile gegen

den eigentlichen Feind, die klerikale Partei. Die politische Wirkung des Massenstrikes im gegenwärtigen Kampfe mit den herrschenden Klerikalen kann also vor allem eine mittelbare sein, und zwar durch den Druck, den die vom Generalstrike bedrückte liberale Bourgeoisie auf die klerikale Regierung und die Parlamentsmehrheit ausübt. Ferner aber übt der Generalstrike auch unmittelbar eine politische Pression auf die Klerikalen aus, indem er ihnen als der Vorbote, als das erste Stadium einer heraufziehenden regelrechten Straßenrevolution erscheint. Die politische Bedeutung der ruhig strikenden Arbeitermassen lag in Belgien seit jeher und liegt heute noch darin, daß sie im Falle der hartnäckigen Weigerung seitens der Parlamentsmehrheit eventuell bereit und fähig sind, durch Unruhen, durch Straßenrevolten die herrschende Partei niederzuzwingen.

Durch ihre Kompromißallianz mit den Liberalen haben unsere belgischen Genossen dem Generalstrike in beiden Punkten die politische Wirkung benommen.

Indem sie von vornherein auf das Drängen der Liberalen dem Kampfe gesetzliche Schranken und Formen aufstrotzt und jede Manifestation, jede Regung der Masse verboten haben, verpufften sie die latente politische Kraft des Generalstrikes in die Luft. Einen Massenausschlag, der auf jeden Fall nichts als ruhiger Ausstand bleiben wollte, brauchten die Klerikalen als solche nicht zu fürchten. Ein Generalstrike, im Voraus in die Fesseln der Legalität geschnitten, gleicht einer Kriegsdemonstration mit Kanonen, deren Ladung vorher vor dem Angesicht des Feindes ins Wasser geworfen wurde. Vor einem Drohen „mit den Fäusten in der Tasche“, wie der „Peuple“ in allem Ernste den Strikenden rief, erschreckt nicht einmal ein Kind, geschweige eine um den Rest ihrer politischen Herrschaft auf Tod und Leben ringende Klasse. Deshalb gerade genügte 1891, 1893 die bloße ruhige Arbeitsfeier des belgischen Proletariats, um den Widerstand der Klerikalen zu brechen, weil sie den Umschlag der Ruhe in Unruhe, des Strikes in Revolution befürchten konnten. Deshalb hätte es auch diesmal vielleicht des Gebrauchs der Gewalt seitens der Arbeiterschaft gar nicht bedurft, wenn die Führer nur im Voraus die Waffe nicht entladen, den Kriegsmarsch nicht zur Sonntagsparade, den Donner des Generalstrikes nicht zum leeren Schreckschuß gemacht hätten.

Zweitens aber hat die liberale Allianz auch die andere, die mittelbare Wirkung des Massenstrikes vernichtet. Der Druck des Arbeitsausstandes auf die Bourgeoisie hat nur dann politische Bedeutung, wenn sie gezwungen ist, ihn weiter auf ihre politischen Vordermänner, auf die herrschenden Klerikalen abzuwälzen. Dies ist jedoch nur der Fall, wenn sie das Proletariat wie eine ungestüme Jagd im Rücken fühlt, deren Verfolgungen sie sich nicht zu entwinden vermag.

Die bezeichnete Wirkung geht hingegen sofort verloren, wenn die Bourgeoisie in der bequemen Lage ist, statt den empfangenen Druck weiter auf die klerikalen Vordermänner zu leiten, vielmehr auf ihre proletarischen Hintermänner zurückzugreifen und sich des lästigen Druckes durch ein Abschleudern zu entledigen. In dieser Lage war aber gerade die belgische Bourgeoisie in der jüngsten Kampagne, da sie dank der Allianz die Bewegungen der Arbeiterkolonnen bestimmen und nöthigenfalls den Generalstrike abkommandiren konnte. So geschah denn auch, und sobald der Strike anging, der Bourgeoisie im Ernste beschwerlich zu werden, erging das Kommando: die Arbeit wird wieder aufgenommen! und mit allem „Drucke“ des Generalstrikes war es aus.

So erscheint die schließliche Niederlage als eine unausbleibliche Folge der eigenen Taktik unserer belgischen Genossen. Ihre parlamentarische Aktion blieb

wirkungslos, weil hinter ihr der Druck des Generalstreikes ausblieb. Und der Generalstreik blieb wirkungslos, weil hinter ihm die freie Entfaltung der Volksbewegung, das Gespenst der Revolution nicht brohte.

Mit einem Worte: die außerparlamentarische Aktion wurde der parlamentarischen aufgeopfert, aber dadurch gerade wurden beide zur Unfruchtbarkeit und der ganze Kampf zum Fiasko verurtheilt.

III.

Die soeben abgeschlossene Episode des Kampfes um das allgemeine Wahlrecht ist ein Wendepunkt in der belgischen Arbeiterbewegung. Zum ersten Male in Belgien trat hier die sozialistische Partei durch einen formellen Kompromiß an die liberale Partei gebunden in den Kampf, und sie erwies sich, ganz wie die ministerialistische Fraktion des französischen Sozialismus durch ihre Allianz mit dem Radikalismus, in der Lage des gefesselten Prometheus. Wir stehen nicht an zu sagen: die Zukunft des allgemeinen Wahlrechts in Belgien wie der Arbeiterbewegung überhaupt hängt davon ab, ob sich unsere Genossen von den ersticken Umnarmungen des Liberalismus zu befreien verstehen. Aber auch für das internationale Proletariat ist das jüngste Experiment der belgischen Sozialisten ernster Lehren voll. Ist es doch wieder nichts Anderes als eine Wirkung desselben lauen entnervenden Sanimus des Opportunismus, der seit einigen Jahren über die Lande weht, was sich in der verhängnißvollen Allianz unserer belgischen Freunde mit der liberalen Bourgeoisie äußert.

Gerade die soeben in Belgien erlebte Enttäuschung sollte allerorts als eine Warnung dienen vor einer Politik, die in einem Lande nach dem anderen zu schweren Niederlagen und schließlich zur Vockerung jener Disziplin und jenes unbegrenzten Vertrauens der Arbeitermassen zu uns Sozialisten führen würde, ohne die wir Nichts sind, die wir aber durch parlamentarische Illusionen und opportunistische Experimente eines Tages doch noch verlieren können.



Krisentheorien.

Von Karl Kautsky.

(Fortsetzung.)

4. Tugan Baranowskij's Krisentheorie.

Tugan bestreitet, daß der letzte Grund der periodischen Krisen in der kapitalistischen Ausbeutung liegt. Er sucht ihn einzig und allein in der Planlosigkeit, der Anarchie, der kapitalistischen Produktionsweise, welche zeitweise die Proportionalität der Produktion stört.

Soll der Gang der Produktion und der Zirkulation der Waaren ohne Störung vor sich gehen, dann müssen die verschiedenen Produktionszweige in bestimmten Verhältnissen zu einander stehen. Jede erhebliche Störung dieser Verhältnisse bringt eine Stockung hervor, bewirkt eine Krise. Dazu bedarf es keiner allgemeinen Ueberproduktion. Die Ueberproduktion eines Waarenzweigs ist schon im Stande, die Preise auch der anderen Waaren zu senken und eine allgemeine Krise hervorzurufen. Das gilt bereits bei einfacher Waarenproduktion, noch mehr aber bei kapitalistischer, weil hier der Markt immer größer und unübersichtlicher wird und die Produktivkräfte immer gewaltiger und elastischer, immer mehr

springhafter Ausdehnung fähig werden. Was bei einfacher Waarenproduktion möglich, wird nun zeitweise unvermeidlich.

In diesen Anschauungen Tugans liegt viel Wahres. Kein Zweifel, es bedarf nicht einer allgemeinen Ueberproduktion zu einer Krise; die Ueberproduktion eines auf dem Weltmarkt dominirenden Industriezweigs, früher der Textilindustrie, jetzt der Eisen erzeugenden und verarbeitenden Industrien, genügt, jene Störung hervorzurufen, die dann auch in anderen Industriezweigen die Erscheinungen der Ueberproduktion hervorruft. Wir stimmen nicht den Argumenten zu, womit Tugan das beweist, können aber von ihrer Widerlegung absehen, die uns etwas weitab führen würde. Auf anderem Wege vorschreitend, trafen wir uns doch mit ihm in dem gleichen Ergebnis.

Auch daran ist nicht zu zweifeln, daß der Mangel an Proportionalität in der Produktion zu einer Krisenursache werden kann. Marx hat darauf schon im zweiten Bande seines „Kapital“ hingewiesen. Aber er hat dort auch gezeigt, daß ein derartiger Mangel an Proportionalität nicht bloß durch Ueberproduktion, sondern auch durch Unterproduktion hervorgerufen werden kann. Wenn etwa nicht genug Rohstoffe auf den Markt kommen, so muß der Produktionsprozeß stocken und es giebt eine Krise. Eine solche, nicht durch Ueberproduktion hervorgerufene Krise war die Baumwollennoth anfangs der sechziger Jahre in Lancashire, die der amerikanische Sezessionskrieg hervorgerufen hatte. Eine ähnliche Krise — eine Vorkrise vor der allgemeinen Krise — sahen wir auf dem Höhepunkt der jüngsten Prosperitätsperiode in Deutschland, wo zeitweise Eisen, Kohle und Baumwolle zu knapp wurden, so daß sich manche Fabrik zum Stillstand oder doch zur Betriebseinschränkung gezwungen sah.

Notabene, dies allein beweist schon die Haltlosigkeit des Geschwäzes von der Ueberwindung oder doch Abschwächung der Krisen durch die Kartelle, das trotz aller Erfahrungen noch immer nicht völlig verstummt. Wir haben gesehen, daß die Proportionalität der Produktion eine unentbehrliche Voraussetzung eines ungeführten Verlaufs des kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsprozesses ist. Die Waarenproduktion ist aber die Produktion vieler unabhängig voneinander thätigen Produzenten. Daß dieses planlose Getriebe nicht binnen Kurzem in völliger Verwirrung und einem unentwirrbaren Chaos endet, dafür sorgt die Konkurrenz, die bewirkt, daß in jenen Produktionszweigen, in denen zuviel von der gesellschaftlichen Arbeit verausgabt wird, die Preise sinken, was zur Einschränkung der Produktion führt, indeß in solchen Produktionszweigen, in denen weniger erzeugt wird, als der Proportionalität entspricht, die Preise steigen, was zur Ausdehnung der Produktion anreizt. Wie wirken dem gegenüber die Kartelle? Sie beseitigen die Konkurrenz aus einzelnen Produktionszweigen, angeblich um Stetigkeit der Preise zu erzielen, thatsächlich um sie und damit die Profite ständig hoch zu halten. Das heißt aber nichts Anderes, als daß jene Produktionszweige, die der Kartellströmung zugänglich sind, beständig zur Unterproduktion neigen und so beständig die Proportionalität der Produktion zu stören trachten, was ihnen bekanntlich auch oft genug gelingt. Sie suchen nicht die Unabhängigkeit der einzelnen Produktionszweige voneinander, nicht die Planlosigkeit aus der Gesamtproduktion zu beseitigen, sondern nur den Regulator der freien Konkurrenz auszuschalten, der allein im Stande ist, einige Ordnung in das anarchische kapitalistische Getriebe zu bringen. Sie würden völlige wirtschaftliche Verwirrung schaffen, wenn ihnen dies Streben gelänge. Indes ist die Konkurrenz zu tief in dem bestehenden Wirtschaftssystem begründet, als daß sie sich nicht immer wieder Geltung ver-

schaffte. Aber je stärker die Unternehmerverbände, desto gewaltsamer die Störungen, in denen die Konkurrenz sich immer wieder durchzusetzen hat. So bilden die Kartelle ein neues Krisenelement.

Aber andererseits kann freilich auch Mangel an Proportionalität in der Produktion und damit eine Krise hervorgerufen werden durch Ueberproduktion in einem einzelnen hervorragenden Industriezweig. Das hat auch von marxistischer Seite Niemand geleugnet. Sehen wir in der Unterkonsumtion den letzten Grund der periodischen Krisen, so sehen wir in der Planlosigkeit des kapitalistischen Produktionsprozesses eine ihrer Vorbedingungen und einen Faktor, der zeitweilig auch für sich allein Krisen hervorrufen oder allgemeine Krisen noch verschärfen kann.

Damit ist Tugan jedoch nicht zufrieden. Er behauptet, die Krisen sind der Planlosigkeit der kapitalistischen Produktionsweise allein zuzuschreiben. Die Unterkonsumtion als letzter Grund der Krise existiere nicht, denn der Markt für die kapitalistische Produktion wachse in demselben Verhältnis, in dem diese wachse; sie schaffe sich selbst durch ihr Wachstum ihren eigenen Markt. Würden also alle Industriezweige sich in gehörigem Verhältnis zu einander entwickeln, dann würden Ueberproduktion und Krisen unmöglich, wenn auch die Ausbeutung der arbeitenden Massen und die Unterkonsumtion noch so sehr stiegen.

„Ist es nur möglich, die gesellschaftliche Produktion zu erweitern, reichen die Produktivkräfte dazu aus, so muß bei der proportionellen Einteilung der gesellschaftlichen Produktion auch die Nachfrage eine entsprechende Erweiterung erfahren, denn unter diesen Bedingungen repräsentiert jede neuproduzierte Waare eine neuerschienene Kaufkraft für die Erwerbung anderer Waaren“ (S. 25).

Den Beweis dafür sucht Tugan dadurch zu erbringen, daß er nach dem Vorbild von Marx schematisch den Prozeß der Reproduktion des Kapitals veranschaulicht. Marx hatte die Bedingungen untersucht, unter denen Produktion und Zirkulation der Waaren in der kapitalistischen Produktionsweise immer wieder von Neuem, also als kapitalistischer Reproduktionsprozeß, vor sich gehen können. Er ging dabei zur möglichsten Vereinfachung des Schemas von der Voraussetzung aus, daß in der Gesellschaft nur Kapitalisten und Arbeiter vorhanden sind. Einfache Reproduktion des Kapitals nannte er jene, bei der die Kapitalisten den gesamten Profit verzehren, so daß die kapitalistische Produktion nicht erweitert wird, sondern jedes Jahr in gleicher Ausdehnung weitergeht. Tatsächlich aber wird in jedem Jahre von der Kapitalistenklasse ein Teil des Profits zurückgelegt, akkumuliert, um die Produktion zu erweitern. Das giebt dann eine erweiterte Reproduktion.

Jedesmal muß die Produktion der Produktionsmittel, die der Konsumtionsmittel für die Arbeiter und die der Konsumtionsmittel für die Kapitalisten eine bestimmte Größe annehmen, soll die Reproduktion ungeführt weiter vor sich gehen. Dem entsprechend zerfällt das Schema der Reproduktion in drei Abteilungen, die der Produktion der Produktionsmittel, der Konsumtionsmittel der Arbeiter und der Konsumtionsmittel der Kapitalisten. In der ersten Abteilung müssen bei einfacher Reproduktion ebenso viele Produktionsmittel fabriziert werden, als im Jahre verschleßen, um diese zu ersetzen. In der zweiten und der dritten ebenso viele Konsumtionsmittel, wie die Arbeiter respektive Kapitalisten verbrauchen. Das ist selbstverständlich. Aber unter gegebenen technischen und Ausbeutungsverhältnissen ist auch die Verteilung von konstantem und variablem Kapital und Profit in jeder einzelnen Abteilung gegeben, und es muß die Summe des in

allen drei Abtheilungen aufgewendeten variablen Kapitals der Summe der Werthe der in der zweiten produzierten Konsumtionsmittel der Arbeiter; die Summe der Mehrwerthe in allen drei Abtheilungen der entsprechenden Summe der für den Konsum der Kapitalisten produzierten Werthe der dritten Abtheilung, endlich die Summe der in allen drei Abtheilungen aufgewendeten konstanten Kapitalien (wir nehmen der Einfachheit wegen an, daß sie alle in einem Jahre verbraucht werden) der Summe der in der ersten Abtheilung produzierten Werthe von Produktionsmitteln entsprechen, soll nicht eine Störung des Reproduktionsprozesses, eine Krise entstehen.

Folgende Tabelle, deren Zahlen willkürlich gewählt sind, diene dazu, dies zu veranschaulichen:

Schema I.

Einfache Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals.

1. Abtheilung. Produktion der Produktionsmittel.

720 Millionen (Mark) konstantes Kapital (Produktionsmittel) + 360 Millionen variables (Arbeitslohn) + 360 Millionen Mehrwerth (Profit) = 1440 Millionen Werth der Produktionsmittel.

2. Abtheilung. Produktion der Konsumtionsmittel der Arbeiter.

360 Millionen konstantes Kapital + 180 Millionen variables Kapital + 180 Millionen Mehrwerth = 720 Millionen Werth der Konsumtionsmittel der Arbeiter.

3. Abtheilung. Produktion der Konsumtionsmittel der Kapitalisten.

360 Millionen konstantes Kapital + 180 Millionen variables Kapital + 180 Millionen Mehrwerth = 720 Millionen Werth der Konsumtionsmittel der Kapitalisten.

Zusammen 1440 Millionen konstantes Kapital + 720 Millionen variables Kapital + 720 Millionen Mehrwerth = 2880 Millionen Werth des Gesamtproduktes.

Auf den Markt kommen also Waaren im Werthe von 2880 Millionen Mark. Dieser ganze Werth fällt den Kapitalisten zu. Aber davon müssen sie abgeben 720 Millionen als Lohn an die Arbeiter der drei Abtheilungen und für 1440 Millionen müssen sie Produktionsmittel kaufen, welche die in der Produktion der drei Abtheilungen verwendeten Produktionsmittel ersetzen. Von den 720 Millionen Arbeitslohn werden die produzierten Konsumtionsmittel der zweiten Abtheilung absorbiert. Die 1440 Millionen für Produktionsmittel räumen die Produkte der ersten Abtheilung vom Markte weg. So bleiben den Kapitalisten 720 Millionen Profit, die sie dazu verwenden, sich an den Produkten der dritten Abtheilung gütlich zu thun und den Markt von ihnen zu säubern. Man sieht, trotz aller Ausbeutung braucht es zu keiner Krise zu kommen.

Aber in Wirklichkeit wird's den Kapitalisten nicht so gut wie in diesem Beispiel. Sie können nicht den ganzen Mehrwerth verjubeln, sondern müssen „sparen“, „entbehren“, um die Produktion zu erweitern. Dazu genügt es aber nicht bloß, daß sie sich tugendhaft der Genüsse enthalten, die sie mit ihren Profiten erkaufen könnten, es muß nun auch die ganze Produktion der Gesellschaft ganz anders angelegt werden. Mit ungegessenem Kaviar, ungetrunkenem Champagner und ungeliebten Wallerinen kann man keine Spinnerei treiben. Dazu ist es notwendig, daß statt des Kaviars und des Champagners Baumwolle, Rohle und Spinnmaschinen, statt der ätherischen Nahrung von Wallerinen die derbere Kost

von Proletariern produziert wird. Wie gestaltet sich nun der Reproduktionsprozeß? Etwa folgendermaßen, bei gleichbleibendem Betrag der Gesamtproduktion und gleichbleibenden technischen und Ausbeutungsverhältnissen.

Wir bekommen dann

Schema II.

Erweiterte Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals.

Das erste Jahr.

1. Abtheilung.

Produktionsmittel.

840 Millionen konstantes Kapital + 420 Millionen variables Kapital + 420 Millionen Mehrwerth = 1680 Millionen.

2. Abtheilung.

Konsumtionsmittel der Arbeiter.

420 Millionen konstantes Kapital + 210 Millionen variables Kapital + 210 Millionen Mehrwerth = 840 Millionen.

3. Abtheilung.

Konsumtionsmittel der Kapitalisten.

180 Millionen konstantes Kapital + 90 Millionen variables Kapital + 90 Millionen Mehrwerth = 360 Millionen

Zusammen 1440 Millionen konstantes Kapital + 720 Millionen variables Kapital + 720 Millionen Mehrwerth = 2880 Millionen.

Das zweite Jahr.

1. Abtheilung.

Produktionsmittel.

980 Millionen konstantes Kapital + 490 Millionen variables Kapital + 490 Millionen Mehrwerth = 1960 Millionen.

2. Abtheilung.

Konsumtionsmittel der Arbeiter.

490 Millionen konstantes Kapital + 245 Millionen variables Kapital + 245 Millionen Mehrwerth = 980 Millionen.

3. Abtheilung.

Konsumtionsmittel der Kapitalisten.

210 Millionen konstantes Kapital + 105 Millionen variables Kapital + 105 Millionen Mehrwerth = 420 Millionen.

Zusammen 1680 Millionen konstantes Kapital + 840 Millionen variables Kapital + 840 Millionen Mehrwerth = 3360 Millionen.

Lugan entwickelt dann dasselbe Schema noch für ein drittes Jahr, doch bietet dies nichts Neues mehr. Wir sehen also hier davon ab. Die beiden Jahre zeigen uns schon, daß auch bei Akkumulation des Kapitals keine Ueberproduktion eintreten braucht. Die Kapitalisten verbrauchen jetzt im ersten Jahre

nicht mehr 720, sondern bloß 360 Millionen Mark für ihren persönlichen Konsum. Aber trotzdem wird der gesammte Werth von 2880 Millionen Mark abgesetzt. Sie kaufen jetzt um 1680 Millionen Mark Maschinen, statt um 1440, und behalten 840 Millionen, statt 720 Millionen übrig, sie an Arbeitslohn auszugeben, wofür dann auch die für die Arbeiterklasse in vermehrtem Maße produzierten Konsumtionsmittel gekauft werden, wie das Schema des zweiten Jahres zeigt. Die Masse der von Arbeitern und Kapitalisten verbrauchten Konsumtionsmittel ist im ersten Jahre von 1440 auf 1200 Millionen gesunken, sie beträgt auch im nächsten Jahre nur 1400 Millionen, statt 1440, und doch wächst der Gesamtwert der Produktion von 2880 Millionen auf 3360 Millionen, „ohne daß das Gleichgewicht zwischen dem Angebot und der Nachfrage dadurch im Mindesten gestört wäre“ (S. 25). So kommt Tugan zu dem Ergebnis:

„Die angeführten Schemata mußten zur Evidenz den an sich sehr einfachen Grundsatz beweisen, welcher aber bei ungenügendem Verständniß des Prozesses der Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals leicht Einwände hervorruft, nämlich den Grundsatz, daß die gesellschaftliche Produktion für sich selbst einen Markt schafft. . . . Aus der Vergleichung der einfachen Reproduktion des gesellschaftlichen Kapitals mit dessen Reproduktion auf erweiterter Stufenleiter kann man den höchst wichtigen Schluß ziehen, daß in der kapitalistischen Wirtschaft die Nachfrage nach Waaren vom Gesamtumfang der gesellschaftlichen Konsumtion in einem gewissen Sinne unabhängig ist: es kann der Gesamtumfang der gesellschaftlichen Konsumtion zurückgehen und zugleich die gesammte gesellschaftliche Nachfrage nach Waaren wachsen, wie absurd das auch vom Standpunkt des ‚gesunden Menschenverstandes‘ erscheinen mag. Die Akkumulation von gesellschaftlichem Kapital führt zu einer Einschränkung der gesellschaftlichen Nachfrage nach Konsumtionsmitteln und zugleich zu einer Erhöhung der gesammten gesellschaftlichen Nachfrage nach Waaren“ (S. 25).

Diese Entdeckung wird dann in Verbindung gebracht mit der anderen, schon im zweiten Kapitel dieser Besprechung erwähnten, daß der Profit nicht bloß von den Arbeitern, sondern auch von den Produktionsmitteln geschaffen wird. In der kapitalistischen Produktionsweise werde eben der Arbeiter zum Produktionsmittel begabirt, ihm gleichgesetzt und so werde auch im Konsum der Konsum der Produktionsmittel dem Konsum der Menschen gleichgesetzt. Ob der Konsum der Menschen oder der der Produktionsmittel wächst, ist für den Markt gleich (S. 229).

„Die Produktionsmittel spielen eine immer größere Rolle im Produktionsprozeß und auf dem Waarenmarkt. Der Arbeiter tritt gegenüber der Maschine in den Hintergrund und zugleich tritt in den Hintergrund die aus der Konsumtion des Arbeiters entstehende Nachfrage im Vergleich mit der Nachfrage, welche aus der produktiven Konsumtion der Produktionsmittel entsteht. Das ganze Getriebe der kapitalistischen Wirtschaft nimmt den Charakter eines gleichsam für sich selbst existirenden Mechanismus an, in welchem die Konsumtion des Menschen als ein einfaches Moment des Prozesses der Reproduktion und der Zirkulation des Kapitals erscheint“ (S. 27).

Wie soll da die Krise aus der Unterkonsumtion entspringen können? Sie kann nur dadurch entstehen, daß die verschiedenen Produktionszweige sich eben nicht immer in richtigem Verhältniß entwickeln und dadurch miteinander in Konflikt kommen.

Dies die Krisentheorie Tugan Baranowskys.

Kein Zweifel, der „gesunde Menschenverstand“ widerspricht ihr. Aber das ist natürlich noch kein Beweis. Nichts täuscht leichter, als der gesunde Menschenverstand, der den Anschein der Dinge für ihr Wesen hält.

Verlassen wir uns also nicht auf den trügerischen Gesellen und sehen wir uns die Tuganschen Schemata näher an.

Kein Zweifel, sie bezeugen, daß der Konsum an Konsumtionsmitteln zurückgehen und gleichzeitig die Produktion wachsen kann, ohne daß der Reproduktionsprozeß ins Stocken kommt. Das müssen wir zugestehen. Aber damit gestehen wir Tugan noch lange nicht seine Folgerungen zu. Der Konsum kann zurückgehen und gleichzeitig die Produktion wachsen, aber ist das immer, unter allen Umständen möglich, ohne daß eine Krise daraus entsteht? Nein, sondern nur unter bestimmten Voraussetzungen. Die Tuganschen Schemata zeigen uns nur einen einzigen Fall, in dem ein Rückgang des Konsums ohne Krise eintreten kann: bei dem Uebergang von einfacher zu erweiterter Reproduktion. Dieser einzige Fall wird bei Tugan zum Typus der kapitalistischen Wirklichkeit; und doch ist es einer, der in dieser Wirklichkeit sich so gut wie nie ereignet.

Mary hat das Schema der einfachen Reproduktion gegeben, nicht, weil es den wirklichen Vorgang des kapitalistischen Reproduktionsprozesses widerspiegelt, sondern weil es einfacher ist als das der erweiterten Reproduktion und daher eine Reihe wichtiger Erscheinungen leichter bloßzulegen gestattet als das letztere. Aber seitdem kapitalistisch produziert wird, wird auch Kapital akkumuliert, gelten also die Gesetze des erweiterten Reproduktionsprozesses. Ganz unzweifelhaft findet dies in ausgeprägtestem Maße statt seit dem Beginn der periodischen Krisen. Selbst während dieser, wenn die Reproduktion zeitweise stockt, ist der Reproduktionsprozeß nicht der einfache, denn auch in Zeiten der Depression wird Kapital akkumuliert.

Der Vorgang des Ueberganges von einfacher zu erweiterter Reproduktion ereignet sich also kaum jemals bei entwickelter kapitalistischer Produktionsweise; also tritt kaum jemals jene Voraussetzung ein, unter der ein Rückgang des Konsums ohne Krise möglich ist. Die Tuganschen Schemata beweisen also nicht das Mindeste für ihn und doch stützt er sein kühnes Paradoxon auf sie allein.

Aber selbst wenn wir trotz dieser Bedenken die einfache Reproduktion als Ausgangspunkt des kapitalistischen Reproduktionsprozesses annehmen, was gewinnt Tugan dabei? Nichts als eine Galgenfrist für seine Theorie.

Es ist wahr, wenn wir von der einfachen Reproduktion als Anfangsstadium ausgehen, so beträgt unter diesem der Konsum an Konsumtionsmitteln 1440 Millionen Mark. Werden im nächsten Jahre die Anstalten zu einer Erweiterung der Produktion getroffen, so muß in diesem der Konsum der Konsumtionsmittel auf 1200 Millionen Mark herabgehen. Nun berechnen wir aber die Schemata auf der von Tugan gegebenen Grundlage weiter. Wir finden dann: Im zweiten Jahre muß der Konsum schon wieder 1400 betragen, im dritten werden Konsumtionsmittel im Werte von 1633 Millionen produziert, im vierten für 1911, im fünften für 2224, im sechsten für 2594 Millionen und so fort. Nach sechs Jahren muß sich bereits der Gesamtkonsum der Gesellschaft mehr als verdoppelt haben, fast ebensosehr der Konsum der Arbeiterklasse, der von 840 Millionen auf 1816 Millionen gewachsen sein muß, soll nicht eine Stöckung, eine Ueberproduktion eintreten. Und dieses Steigen des Konsums muß von da an ununterbrochen weiter fortgehen, denn sobald das Regime der erweiterten Reproduktion einmal begonnen, duldet es kein Einhalten mehr auf der einmal beschrittenen Bahn.

Wenn trotzdem Tugan aus demselben Schema deduzierte: „Es kann der Gesamtumfang der gesellschaftlichen Konsumtion zurückgehen und zugleich die gesamte

gesellschaftliche Nachfrage nach Waaren wachsen", so erreichte er dies nur dadurch, daß er nicht bloß als Ausgangspunkt einen der kapitalistischen Produktionsweise fremden Typus des Reproduktionsprozesses annahm, sondern sich auch über diesen Ausgangspunkt kaum hinauswagte. Hätte er seine Rechnung nicht schon beim dritten Jahre abgebrochen, sondern weiter gerechnet, so daß er zu den obigen Zahlen gekommen wäre, so hätte sich ihm von selbst die Unhaltbarkeit seiner Position aufdrängen müssen.

Eine weitere Berechnung auf Grund der Zahlen seines Schemas hätte Tugan aber auch gezeigt, daß die im Jahre produzierte Werthmasse der Konsumtionsmittel genau in demselben Verhältniß steigt, wie die Werthmasse der Produktionsmittel. Die Gesamtmenge der Konsumtionsmittel (als Gebrauchswerthe) nimmt noch rascher zu als die Gesamtsumme ihres Werthes, wenn gleichzeitig, was ja die Regel, die Produktivität der Arbeit wächst. Der Konsum der Konsumtionsmittel muß also nicht bloß ununterbrochen, sondern auch stets mindestens in demselben Verhältniß oder sogar noch rascher wachsen, wie die Produktion der Produktionsmittel, soll's nicht zur Krise kommen.

Tugan bringt seine Entdeckung, daß die Konsumtion sinken und doch die Produktion steigen kann, ohne daß es zur Ueberproduktion kommt, in Zusammenhang mit seiner Profittheorie. Thatsächlich begeht er hier wie dort den gleichen Fehler der theoretischen Kurzatmigkeit. Er begegnet einem vereinzelt Fall, der ihm hier die Theorie, dort den gesunden Menschenverstand zu widerlegen scheint, und macht sich sofort daran, auf der Stelle, wo er diesen Fall getroffen, eine neue Theorie aufzubauen. Hätte er ihn nur ein wenig weiter verfolgt, es wäre ihm bald klar geworden, welch' flüchtiger Ausnahmefall es gewesen, den er für die ständige, normale Praxis der kapitalistischen Produktionsweise versaf.

Freilich, es klingt sehr schön, wenn Tugan als die gemeinsame Wurzel seiner Profit- und Krisentheorie die Thatsache hinstellt, daß die Kapitalisten den Arbeiter nur als Produktionsmittel, als Maschine betrachten, und daß sie daher beide einander gleichsetzen; daß ihnen die Maschine ebenso Profite erzeugt wie der Arbeiter, und daß ihnen der Konsum der Maschine gleichwerthig ist mit dem der Menschen, denn der Zweck ihrer Produktion ist der Profit und nicht die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen. Sicher denkt der Kapitalist so, aber die Krisen entspringen eben aus dem Widerspruch, in den der Kapitalistenstandpunkt immer wieder zu den Grundgesetzen der Gesellschaft geräth. Der Kapitalist mag den Menschen noch so sehr der Maschine gleichsetzen, die Gesellschaft bleibt eine Gesellschaft von Menschen, wird nie eine von Maschinen, die gesellschaftlichen Beziehungen bleiben stets die Beziehungen von Mensch zu Mensch und werden nie die Beziehungen von Menschen zu Maschinen. Darum bleibt in letzter Linie stets die menschliche Arbeit der werthbildende Faktor und darum entscheidet auch in letzter Linie stets die Ausdehnung des menschlichen Konsums über die Ausdehnung der Produktion.

Die Produktion ist und bleibt Produktion für den menschlichen Konsum. Es ist richtig, daß die Zahl der Produktionsstätten, in denen die Produkte direkt für den persönlichen Konsum fertig gemacht werden, mit fortschreitender Arbeitstheilung verhältnißmäßig immer mehr sinkt gegenüber den anderen Produktionsstätten, die jenen und einander Werkzeuge, Maschinen, Rohmaterialien, Transportmittel zc. liefern. Während in der ursprünglichen Bauernwirtschaft der Flachs von dem Betrieb, der ihn gewann, auch mit eigenen Werkzeugen verarbeitet und für den menschlichen Verbrauch fertig gemacht wurde, sind jetzt vielleicht Hundert

von Betrieben an der Herstellung eines Hemdes beteiligt, an der Herstellung der Rohbaumwolle, der Produktion der Eisenschienen, Lokomotiven und Waggons, die sie nach dem Hafen bringen, des Schiffes, das sie nach Europa verschifft, der Transportmittel dort, der Maschinen, Bauteile, Kohlen des Spinners, des Webers, der Herstellung der Nadeln und Knöpfe und anderen Zubehörs für die Näherin. Aber sie alle dienen nur dem letzten Zwecke der Herstellung von Mitteln des menschlichen Konsums und sie alle gerathen in ihrer Thätigkeit ins Stocken, sobald dieser letzte Zweck nicht ausreichend bethätigt wird.

Trotz des ungeheuren Umfangs und des vorübergehenden Scheines einer Unabhängigkeit vom Konsum, den manche der zahlreichen Zwischenglieder der Produktion von Konsumtionsmitteln, zum Beispiel die Eisenbahnen, annehmen, wäre doch eine Täuschung darüber, daß sie alle nur dem menschlichen Konsum dienen, kaum möglich gewesen, wenn nicht noch ein Umstand dazu käme: die kapitalistische Produktion ist nicht nationale, sondern internationale, Weltproduktion. Bei der internationalen Arbeitsteilung kommt es dahin, daß einzelne Länder — die alten Industrieländer — ihre Produktion zum persönlichen Konsum nur noch langsam ausdehnen können, während die Produktion von Produktionsmitteln bei ihnen noch rasche Fortschritte macht und für den Pulsengang ihres ökonomischen Lebens viel bestimmender wird, als die der Produktion von Konsumtionsmitteln. Wer die Sache nur vom Standpunkt der betreffenden Nation ansieht, kommt dann leicht zur Ansicht, die Produktion von Produktionsmitteln könne dauernd rascher wachsen als die von Konsumtionsmitteln, sie sei an diese nicht gebunden. Namentlich in England zeigt sich dies auffallend.

Aber wenn etwa in England die Fabrikation von Spinnmaschinen rascher wächst als die von Garn, so ist dies doch nur dadurch möglich, daß außerhalb Englands neue Spinnereien errichtet werden, die ihre Maschinen aus England beziehen. Ohne Erweiterung des Garnkonsums würden aber diese Lieferungen von Spinnmaschinen bald aufhören.

Das übersehen Tugan. Er weist darauf hin, daß aus England ausgeführt wurden:

	1868—70	1896—98
Gewebe	82,5 Mill. Pfd. Sterl.	77,1 Mill. Pfd. Sterl.
Eisen (inkl. Maschinen) . . .	26,8 " " "	39,9 " " "
Steinkohlen	5,4 " " "	16,7 " " "

Daraus schließt er (S. 58):

„Somit kommt in der relativen Abnahme des Exports derjenigen britischen Fabrikate, die in den unmittelbaren Verbrauch eingehen, auch das Grundgesetz der kapitalistischen Entwicklung zum Ausdruck: je mehr die Technik fortschreitet, desto mehr treten die Konsumtionsmittel zurück gegenüber den Produktionsmitteln. Die Menschenkonsumtion spielt eine immer geringere Rolle gegenüber der produktiven Konsumtion der Produktionsmittel.“

Als ob die Konsumtion der Produktionsmittel etwas Anderes wäre als die Produktion von Konsumtionsmitteln!

Produzieren heißt Konsumtionsmittel für den menschlichen Gebrauch herstellen. Diese Thatsache kann durch die fortschreitende Arbeitsteilung nur verschleiert, aber nicht aufgehoben oder auch nur eingeschränkt werden. (Schluß folgt.)



Der Wahlrechtskampf in Schweden.

Von **Erif Brunte**.

Der Kampf ums Wahlrecht, der in Schweden so alt ist wie die sozialdemokratische Bewegung, hat in unserem so ruhigen Lande jetzt so ernste Formen angenommen wie nie zuvor.

Das gegenwärtige Wahlrecht zur zweiten Reichstagskammer ist von gewissen Bedingungen abhängig, die von der übergroßen Mehrzahl der schwedischen Bevölkerung nicht erfüllt werden können. Die Kammer besteht nämlich aus 230 Abgeordneten, von denen 150 aus den Provinzen und 80 aus den Städten entsandt werden. Das Reichstagswahlrecht besitzt nur Derjenige, der in seinem Wohnort das kommunale Wahlrecht besitzt oder Grundeigenthum im Taxwerth von 1000 Kronen oder Grundbesitz im Werthe von 6000 Kronen auf mindestens 5 Jahre gepachtet hat oder ein Jahreseinkommen von mindestens 800 Kronen versteuert und außerdem das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet hat. Diese Bedingungen vermag nur ein kleiner Theil der schwedischen Bevölkerung zu erfüllen, wie sich 1899 bei der Wahl des Genossen Branting im fünften Stockholmer Wahlkreis zeigte. Von 58501 Bewohnern waren nur 2789 oder 4,3 Prozent wahlberechtigt.

Das auf solche Weise gewählte Parlament hat auch noch nie den rückständigen reaktionären Geist verleugnet, der in dem Wahlgesetz selbst seinen Ausdruck findet. Die erste Kammer aber, die aus Wahlen der Mitglieder der Landeshings und der Stadtverordneten hervorgeht, übertrifft in reaktionärer Hinsicht die zweite Kammer noch ein gutes Stück. Die beiden würdigen Schwestern sind bisher nichts als reine Jagemaschinen der Regierung gewesen, und wenn es sich um Sozialpolitik handelt, sind sie sogar noch rückständiger als die Regierung und lehnen deren bescheidensten Vorschläge ab, so zum Beispiel erst kürzlich den Vorschlag, eine Arbeitsstatistik zu schaffen. Die Regierung hatte eine einigermaßen vernünftige Vorlage eingebracht, nach welcher ein eigenes Ressort für Arbeiterstatistik geschaffen werden sollte; der Reichstag sagte Nein. Handelt es sich aber um Gesetze zur Anebelung der Arbeiterklasse, zur Vertheuerung der nothwendigen Lebensmittel zu Gunsten einer kleinen winzigen Zahl Großagrarien, oder gar um Förderung des Militarismus, dann ist der Reichstag sofort bei der Hand.

Die Arbeiterpartei hat sich eifrig bemüht, das allgemeine Wahlrecht zu erringen. Sie wurde hierbei in der ersten Hälfte des vorigen Jahrzehnts von dem liberal-demokratischen Bürgerthum unterstützt; mit Bittgesuchen, Petitionen, Volksreichstagen wurde versucht, in friedlicher Weise auf Regierung und Parlament einzuwirken. Es war vergeblich! Die Volksreichstage hatten jedoch für die Arbeiterbewegung selbst einen sehr großen Nutzen. Der erste wurde auf Beschluß des Parteitags der schwedischen Sozialdemokratie, der in Norrköping 1891 stattfand, auf das Jahr 1893 einberufen. An den Wahlen theilnahmen circa 150000 Personen. Von den 150 Mandaten erhielt die Arbeiterpartei nur 30, die übrigen fielen den Anhängern der bürgerlichen Wahlrechtsbewegung zu. Von den Arbeitervertretern wurde beflurwortet, eventuell den Generalstreik zu proklamiren, um das Wahlrecht zu erzwingen; beschlossen wurde jedoch nur, eine Untersuchung dieser Frage in die Wege zu leiten. Schon dieser Beschluß konnte den Arbeitern zeigen, daß sie beim Kampfe ums Wahlrecht auf sich allein angewiesen sein würden — in Grunde genommen war er also eine Bankrotterklärung der bürger-

lichen Wahlrechtsbewegung. Der Gothenburger Parteitag von 1894 nahm nun eine ganz präzise Stellung zum Generalsstrike ein, indem er in einer besonderen Resolution der Arbeiterklasse empfahl, sich mit dem Gedanken einer umfassenden Arbeitsniederlegung vertraut zu machen. Auf dem nächsten, im Jahre 1896 abgehaltenen Volksreichstag wurde mit 67 gegen 63 Stimmen der Generalsstrikegedanke abgelehnt und dadurch der Bruch der Arbeiterbewegung mit dem liberalen Bürgerthum endgiltig besiegelt — zum Glück für die baldige Lösung der Wahlrechtsfrage. Die seitdem verflossenen Jahre haben vollauf bestätigt, daß die Zeit des Freiheitskampfes für das Bürgerthum schon längst nur noch der Erinnerung angehört. Der vor einigen Monaten ins Leben gerufene „Freisinnige Landesverein“, der eine Sammlungspartei der „links“stehenden bürgerlichen Politiker sein soll, hat den völligen Bankrott des liberal-demokratischen Bürgerthums offenbart. Wagte der genannte Verein es doch nicht einmal, das allgemeine Wahlrecht als eine prinzipielle Forderung auf sein Programm zu setzen, sondern ging mit einigen nichtsagenden Nebensätzen über diese Lebensfrage der Nation hinweg. Ja, nicht einmal den Namen „Linke“ hat er für sich in Anspruch genommen, sorgfältig jeden Schein des Radikalismus von sich fernhaltend. Nun mußten endlich Denen, die noch immer an ein liberal-fortschrittliches Bürgerthum glaubten, die Augen aufgehen. Dieser jämmerliche Mischmasch, der wohl die Sünden der Väter, aber nicht deren Tugenden geerbt, hat sich selbst gerichtet.

Von den Wahlrechtskämpfen der neunziger Jahre blieb also nur die Arbeiterbewegung übrig und sie hat die Zeit seit 1896, während welcher das liberal-demokratische Bürgerthum endgiltig abhandte, gut ausgenützt. Die gewerkschaftliche und politische Organisation steht zielbewußt und fest entschlossen da. Auf der Konferenz in Malmö wurde im vorigen Jahre eine Resolution angenommen und acht Tage später von dem allgemeinen skandinavischen Arbeiterkongreß in Kopenhagen sanktionirt, in der das allgemeine Wahlrecht energisch gefordert und der Generalsstrike als das letzte Mittel zur Erringung des Wahlrechtes bezeichnet wird. Sämmtliche Gewerkschaften und sozialdemokratischen Parteiorganisationen stimmten dafür. Der als letzte Entscheidungsinanz vom 10. bis 13. April in Stockholm abgehaltene außerordentliche Parteitag gab sein Votum dahin ab: Der Generalsstrike soll proklamirt werden, und zwar sobald der Reichstag in den nächsten Wochen die Wahlrechtsfrage verhandelt.

Betrachten wir nun zunächst die Umstände, die zu dem gegenwärtigen Entscheidungskampf führten, etwas näher. Als im Jahre 1901 die neue Heeresvorlage (siehe „Neue Zeit“ Nr. 13 vom 29. Dezember 1900: „Landwirthschaft und Militarismus in Schweden“) nach einigen kleinen Abstreichungen vom Reichstag angenommen wurde, mußte die Wahlrechtsfrage naturgemäß in den Vordergrund rücken. Auch in Schweden ging es nicht an, dem Volke eine so ungeheure Last aufzubürden, ohne von erweiterten Rechten zu sprechen. Und da kam das Wahlrecht selbstverständlich zunächst in Betracht. Die Regierung wurde vom Genossen Branting interpellirt, wann sie eigentlich ihren gegebenen Versprechungen nachzukommen gedenke; die Antwort lautete, daß in der nächsten Reichstagsession ein neuer Wahlrechtsentwurf auf Grund der bis dahin abgeschlossenen Untersuchungen eingebracht werden würde. Man hatte nun allerdings alle Veranlassung, dem angekündigten Entwurf der Regierung mit Pessimismus entgegenzusehen und die Arbeiterklasse that klug daran, sich inzwischen zum Kampfe zu rüsten. Als er endlich Mitte März erschien, zeigte sich, daß ein elenderes Blickwerk wohl kaum je zuvor in irgend einem Lande dem Volke geboten wurde. Auf keiner Seite

faßt die Regierung Sympathien. Nach dem Entwurf sollte Jedem, der 25 Jahre alt und kommunalwahlberechtigt ist, während der letzten zwei Jahre seine Steuern pünktlich entrichtete, sowohl an Staat wie an die Kommune, und sofern er wehrpflichtig ist, der Wehrpflicht genügt hat, eine Stimme bei den Wahlen zur zweiten Reichstagskammer zugestanden werden. Zwei Stimmen stehen Demjenigen zu, der verheirathet war oder ist, oder Demjenigen, der ein Alter von vierzig Jahren erreicht hat. Einige weitere konservative „Garantien“ sucht die Regierung noch durch die Wahlkreiseintheilung der Städte zu erreichen. Aber selbst die Regierung war sich über den Entwurf nicht einig; drei Staatsräthe hatten Reservationen abgegeben, davon zwei in freirechtlicher Richtung. Die Parteien des Reichstags konnten sich ebenso wenig mit dem Entwurf befremden, die Agrarier deshalb, weil ein sehr großer Theil der kleinen Leute auf dem Lande, die sogenannten „Jordtorparne“, eine Art Kleinpächter, vom Wahlrecht ausgeschlossen sein würden, was für die Agrarier im höchsten Grade fatal wäre, da sie diese Wähler gut als Stimmvieh gebrauchen können. Eine ganze Reihe anderer Entwürfe sind daher dem Reichstag aus seiner Mitte vorgelegt worden, von denen hier nur zwei genannt werden sollen, da sie die beiden wichtigsten zur Beurtheilung der Lage der schwedischen Wahlrechtsbewegung sind. Der eine Entwurf ist vom Genossen Branting, der das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht für jeden Mann, der das 21. Lebensjahr vollendet hat, fordert. Es ist dem Genossen Branting von verschiedenen Seiten der Arbeiterbewegung recht scharf angerechnet worden, daß er das Frauenstimmrecht außer Acht ließ. Wir kennen nicht die Gründe, die den Genossen Branting dazu bewogen haben, und enthalten uns daher auch in Anbetracht der augenblicklichen Lage in Schweden jeglicher Meinungsäußerung darüber. So viel steht fest, daß der außerordentliche Parteitag sich auf den Antrag Branting einigte und zwar in einer besonderen Resolution, in der das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht als eine Forderung der Arbeiterklasse, von der nichts abgehandelt werden kann, bezeichnete.

Der zweite Entwurf stammt von der liberalen Sammlungsparthei. Wie es nach ihrem oben geschilderten Rückzug nicht anders zu erwarten war, hat sie sich nicht zur Forderung des allgemeinen Wahlrechtes aufraffen können. Sie macht das Alter von fünfundsiebenzig Jahren und die kommunale Wahlberechtigung zur Bedingung des politischen Wahlrechtes. Aber sie faßt dieses Wahlrecht nur als ein Uebergangsstadium zum allgemeinen Wahlrecht auf und droht damit, daß, wenn man ihrem Antrag dieses Jahr nicht zustimmt, sie dann für die Zukunft ernstlich in Betracht ziehen muß, ob nicht eine ganz neue Verfassung vonnöthen wäre. Ob sich aber die Reaktionsären durch diese Drohung einschüchtern lassen werden, steht auf einem anderen Blatte.

Zieht man nun das Fazit der gesammten Wahlrechtskurpfuscheri in Schweden, so ergibt sich nur eins: mit Ausnahme der Arbeiterbewegung, die an ihrer prinzipiellen Forderung des allgemeinen Wahlrechtes trenn und entschlossen festhält, haben alle übrigen Wahlrechts„reformer“ Flasche gemacht und zwar ein recht klägliches. Da aber die Arbeiterbewegung nur durch einen energischen Kampf ihr Ziel erreichen kann, der bereits seinen Anfang mit Massendemonstrationen nahm, bei denen auch schon Blut floß, wollen wir hier die Stellung der Arbeiterparthei kurz klarlegen. Zu diesem Zwecke geben wir die auf dem außerordentlichen Parteitag der schwedischen Sozialdemokratie angenommene Resolution wieder, die am 13. April dieses Jahres bekannt gemacht wurde.

Sie lautet:

„Im gegenwärtigen Zeitpunkt, in dem sowohl Regierung als Reichstag Schwedens noch einmal die Wahlrechtsfrage, diese Lebensfrage der ganzen Nation, zu verschieben oder verspushen zu suchen scheinen, nahm der Kongreß Notiz von der Untersuchung, die über die Ansichten unter den organisierten Arbeitern angestellt wurde bezüglich besonderer Maßnahmen, um einen Druck auf die in Betracht kommenden Körperschaften auszuüben, sowie von dem Resultat der Geldsammlungen zu einem Generalstreikfonds.

„Hierauf gestützt, erklärt der Kongreß: Da es wahrscheinlich erscheint, daß ein noch stärkerer Druck erforderlich sein wird, bevor das Volk sein volles Recht erhält, soll fortgesetzt und energisch für eine umfassende Arbeitsniederlegung agitiert werden, theils durch Geldsammlungen zum Generalstreikfonds, theils durch eine weitere Stärkung der Organisationen der Arbeiter.

„Für den Augenblick empfiehlt der Kongreß den schwedischen Arbeitern und allen für die Lösung der Wahlrechtsfrage interessierten Mitbürgern, durch unablässig wiederholte Versammlungen und Demonstrationen deutlicher als je zuvor den Machthabenden zu zeigen, daß die Arbeiterklasse es müde ist, auf das ihr vorenthaltene Mitbürgerrecht länger zu warten.

„Die Volksdemonstrationen, welche von den Vorständen der Arbeitervereinigungen geordnet und geleitet werden sollen, haben am Sonntag den 20. April zu beginnen und sollen dann an mindestens jedem Sonntag wiederholt werden, so lange bis die Stellung des Konstitutionsausschusses in der Wahlrechtsfrage bekannt wird.

„Der erste Mai soll dieses Jahr, mit Rücksicht auf die dominirende Bedeutung der Wahlrechtsfrage für die schwedischen Arbeiter, überall als Feiertag gehalten und gänzlich den Demonstrationen für das allgemeine Wahlrecht gewidmet werden.

„Sobald der Konstitutionsausschuß gesprochen, werden diese Demonstrationsversammlungen an jedem Abend abgehalten. Wenn der Reichstag anfängt, die Wahlrechtsfrage zu behandeln, sollen die Demonstrationen an allen Orten, wo es angängig ist, in größter Ausdehnung durch Niederlegung der Arbeit erweitert werden, vor Allem in den Städten und größeren Industriezentren und im Uebrigen an allen Plätzen, wo eine solche Arbeitsniederlegung als Druckmaßregel wirken kann.

„Der Kongreß empfiehlt den für ihr Recht demonstrierenden Arbeitern, sich überall innerhalb der Grenzen des Gesetzes zu halten. Hierbei erwartet der Kongreß, daß diese berechtigten, friedlichen Demonstrationen nicht unbefugt verhindert oder belästigt werden und betont, daß in diesem Falle die Verantwortung auf die Behörden fällt.

„Zur Ordnung und Leitung dieser Volksbewegung wird vom Kongreß dem geschäftsführenden Ausschuß des Parteivorstandes ein Komite von fünf Personen zur Hilfe gegeben.

„Der Kongreß spricht die bestimmte Erwartung aus, daß die organisierten Arbeiter, der Bedeutung und Wichtigkeit der Lösung der Frage nicht nur für sie selbst, sondern für die ganze Nation, sich bewußt, jetzt alle Kraft entwickeln werden, um den Druck auf die Machthabenden so wirkungsvoll als möglich zu gestalten.“

Diese Resolution wurde einstimmig gefaßt und von den organisierten Arbeitern im ganzen Lande mit großer Begeisterung aufgenommen. Die Demonstrationen haben begonnen und bisher einen friedlichen Charakter getragen. Nur in Stock-

holm kam es am Sonntag den 20. April durch das brutale Auftreten der Polizei zu Straßenkämpfen. Die Entscheidung wird erst fallen, wenn die Regierungsvorlage aus dem Konstitutionsausschuß zurückkehrt und dem Reichstag zur Behandlung vorliegt, dann wird der Generalfrikte proklamirt werden, und es ist kein Zweifel, daß die Beteiligte an demselben enorm sein wird. Dann werden auch die Herren von der bürgerlichen Linken Farbe bekennen müssen.



Literarische Rundschau.

Immanuel Kant, *Kritik der Urtheilskraft*. Herausgegeben und mit einer Einleitung, sowie einem Personen- und Sachregister versehen von Dr. Karl Vorländer. Dritte Auflage. Leipzig 1902, Verlag der Dürschschen Buchhandlung. Preis 3,50 Mark.

Karl Vorländer, *Die neukantische Bewegung im Sozialismus*. Berlin 1902, Verlag von Reuther & Reichard. Preis 1,50 Mark.

Als 39. Band der Philosophischen Bibliothek, die der Dürschsche Verlag in Leipzig herausgibt, erscheint Kants Kritik der Urtheilskraft in dritter Auflage. Die zweite Auflage war noch von Kirchmann besorgt worden, in einer textlich unzureichenden Gestalt und mit „Erläuterungen“, die eine fortlaufende und dabei höchst ungerechte Polemik gegen das Werk selbst enthielten. Mit Recht sagt Vorländer, daß Kirchmann sich besser von der Herausgabe fern gehalten hätte, wenn er glaubte, daß die Kritik der Urtheilskraft „für die Gegenwart nur noch einen literarisch-historischen Werth“ besäße, ja daß sie „dem unparteiischen Beurtheiler nur als ein Rückschritt gegen Kants Vorgänger“ erschiene.

Man kann nicht ungerechter über das auf dem Gebiet der Aesthetik bahnbrechende Werk urtheilen. Unzweifelhaft enthält es manche veralteten Partien, ja auch in seinem letzten Grundgedanken leidet es an der Schwäche aller idealistischen Philosophie, indem es die objektiven Bestimmungsgründe des Geschmacks in unserem „übersinnlichen Substrate“, in der „unbestimmten Idee des Uebersinnlichen“ in uns sucht. Allein Kant hat die ästhetische Auffassung der Dinge von ihrer logischen und moralischen so klar und scharf zu trennen, er hat die Theorie des Geschmacks mit einer solchen Fülle anregender und tiefgreifender Beobachtungen zu begründen gewußt, daß seine Kritik der Urtheilskraft heute noch als die Grundlage aller ästhetischen Bildung gelten muß. Sie hat nun in Karl Vorländer einen vortrefflichen Herausgeber gefunden, der seiner Aufgabe in jeder Beziehung gewachsen ist, und so kann dem auch von dem Verlag trefflich ausgestatteten Buche nur eine weite Verbreitung gewünscht werden. Es darf nicht bloß literarisch-historischen Werth, sondern auch noch eine bedeutsame Mission beanspruchen in einer Zeit, die ästhetisch vielfach so verwildert ist, wie die Gegenwart.

Nur in einem Punkte vermag ich mit Vorländer nicht übereinzustimmen. In meinen „Aesthetischen Streifzügen“ hatte ich ausgeführt, daß Kants Kritik der Urtheilskraft sich an Lessing, Winckelmann, Herder, Goethe, überhaupt dem literarischen Aufschwung geschult habe, der etwa seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts in Deutschland eingetreten war. Diese meine Ansicht war von Woltmann, unter Berufung auf Vorländer, als „wunderbares Zeug“ abgefertigt worden, über das Engels sich lustig gemacht haben würde; „nachweislich“ habe Kant von Lessing, Herder, Winckelmann u. kaum eine Ahnung gehabt. Dieser „Nachweis“ bestand aber nur darin, daß Kant in seiner Kritik der Urtheilskraft jene Namen nicht erwähnt. Daraus zu schließen, daß er ihre Träger überhaupt nicht gekannt habe, schien mir eine sehr merkwürdige Schlußfolgerung zu sein, und inzwischen ist selbst dieser seltsame „Nachweis“ über den Haufen geworfen worden. D. Schlapp hat aus den bisher un-

gedruckten Vorlesungsheften Kants gezeigt, daß dieser sich unausgesetzt mit der zeitgenössischen dichterischen Produktion beschäftigt, daß er Gottsched, Lessing, Winckelmann, Klopstock, Herder, Gellert, Wieland u. s. w. gekannt habe. Das „wunderbare Zeug“ ist nun also auch noch, so wenig es nötig war, urkundlich bestätigt worden, allein Vorländer erwähnt die Tatsache nur in der unzureichenden Form, daß Kant von den Erzeugnissen unserer klassischen Dichtkunst kaum Notiz genommen, aber daß er „im Uebrigen“ auf dem Gebiet der zeitgenössischen poetischen Literatur doch bewandter gewesen sei, als man „gemeinhin“ annehme.

Diese kleine Schwäche Vorländers führt unmittelbar zu seinem Schriftchen über die „neukantische Bewegung im Sozialismus“. Kein deutscher Sozialist hat je Kants historische Größe verkannt, aber um Kant zum Besieger des heutigen Sozialismus zu machen, müssen ihm möglichst alle Spuren historischer Bedürftigkeit abgestreift werden. Als schöpferischer Genius soll er aus dem Nichts geschaffen haben, und die Neukantianer sind zu demselben Lose verdammt, wenn sie „eine neukantische Bewegung im Sozialismus“ nachweisen wollen. Vorländers so benannter Aufsatz, ein Separatabdruck aus den „Kantstudien“, knüpft an die Aufnahme an, die seine vor etwa zwei Jahren erschienene Schrift über Kant und den Sozialismus in der sozialdemokratischen Presse gefunden hat. Er muß gestehen, daß Konrad Schmidt, der „seine Kenner Kants“, in den „Sozialistischen Monatsheften“ ihn „wesentlich ablehnend“ kritisiert, geschweige denn, daß „der vielleicht (in der Form wenigstens) schroffste der deutschen Marxisten“, nämlich meine Wenigkeit, in der „Neuen Zeit“ sich „bei aller persönlichen Anerkennung doch gerade in dem Hauptpunkt ablehnend gehalten“ hat. Aber der „Vorwärts“ hat eine mit O. F. N. unterzeichnete, durchweg anerkennende Rezension gebracht, und bald nach meiner Kritik hat die „Neue Zeit“ zwei Aufsätze von Sadi Gunter veröffentlicht, die sich ganz und gar mit Vorländers Anschauungen decken; „wir konnten uns keinen besseren Wiederhall aus den marxistischen Kreisen wünschen als diese vollkommen mit der unseren übereinstimmenden, trefflichen methodischen Ausführungen in dem Hauptorgan des wissenschaftlichen Sozialismus.“ Ist also nicht doch eine „neukantische Bewegung“ mitten im Marxismus?

Der Zusammenhang erklärt sich sehr einfach dadurch, daß O. F. N. und Sadi Gunter zu dem halben Duzend Neukantianer gehören, die es überhaupt in Deutschland giebt. Die Neukantianer sind treffliche, unterrichtete, wohlwollende Leute, die von allen Gruppen deutscher Ideologie der Sozialdemokratie am nächsten stehen, aber wenn sie von der ihnen gern gewährten Gastfreundschaft der sozialdemokratischen Presse einen willkommenen Gebrauch machen, so sind ihre Auslassungen doch noch nicht als „Wiederhall aus marxistischen Kreisen“ zu registrieren. Stimmt Vorländer mit O. F. N. oder mit Sadi Gunter „vollkommen“ überein, so ist damit zwar bewiesen, daß der kleine Haufe der deutschen Neukantianer unter sich einig ist, aber keineswegs, daß die Sozialdemokratie zu ihnen übergeht.

Einem sonst so gewissenhaften und zuverlässigen Schriftsteller, wie Karl Vorländer ist, rechnen wir diese Ausgleitung gewiß nicht hoch an. Sie entspringt einem ungestümen Thatendrang, für den wir immer etwas übrig haben, und zudem macht sie Vorländer selbst reichlich wett durch die Ehrlichkeit, womit er sich auf Jean Jaures als einen Gesinnungsverwandten beruft. Was dieser Träger der „neukantischen Bewegung im Sozialismus“ angerichtet hat, liegt klar genug vor, um jeden Nachahmungstrieb zu bändigen. Zum Glück ist in Deutschland auch sonst hinlänglich dafür gesorgt, daß die „neukantischen“ Bäume nicht in den Himmel wachsen; die deutsche Sozialdemokratie wird in der Philosophie so wenig auf Kant zurückmarschieren, wie in der Politik auf Robespierre oder in der Dekonomie auf Babeuf.

F. M.

Dr. phil. Julian Reicheberg, *Die Arbeiterwohnungsfrage und die Vorschläge zu ihrer Lösung*. Bern 1901.

Nach einem kurzen Ueberblick über die Thatfachen der Wohnungsnoth und die Bedeutung und den Umfang der Wohnungsfrage, die als eine sanitäre, ökonomische

und sittliche bezeichnet wird, untersucht der Verfasser eine Anzahl der zur Abhilfe der Wohnungsnoth vorgeschlagenen Mittel. Der Kritik, die er an den Baugenossen, der Fürsorge der Arbeitgeber, an den Vorschlägen der Bodenreformer, an der Beeinflussung der Miethpreise durch die weiträumige und enge Bebauung, an der Lex Adickes übt, können wir im Wesentlichen beistimmen. Ihm scheint eine radikale Abhilfe nur dadurch möglich, „daß das Privateigenthum an Grund und Boden möglichst eingeschränkt und der Wohnungsbau in den Bereich der Thätigkeit von Staat und Gemeinde gestellt wird.“ Um das Wohnungselend, diese in der Uebersättigung der Wohnungen bestehende Begleiterscheinung der Wohnungsnoth, zu bekämpfen, empfiehlt er die Aufstellung sanitärer Grundforderungen und ihre Durchführung durch Wohnungsinspektion und Polizei, die Einführung einer abgestuften Bauordnung mit der Aufgabe einer energischen Bekämpfung der Wohnungsnoth. Zur Beseitigung der Wohnungsnoth soll der Bau von Wohnhäusern durch die Stadtverwaltungen stattfinden, große Grunderwerbungen von ihnen gemacht und billige Verkehrsmittel angelegt werden. Mit Recht sieht er in dem lokalen Charakter der Wohnungsfrage den zwingenden Grund dafür, die Wohnungsfrage den Gemeinden zu überweisen. Dem Staate schreibt er als Aufgaben den Erlaß eines Wohnungsgesetzes und die Ueberwachung seiner Durchführung, die soziale Weiterbildung des Expropriationsrechtes, des Miethrechtes und der Steuergesetzgebung zu. Hier wäre auch noch die Beschaffung der Geldmittel oder die Erleichterung ihrer Beschaffung für die Gemeinde zu nennen gewesen. Die kleine Schrift giebt eine ganz gute, kurzgefaßte Uebersicht über die angeführten Fragen und kann als solche empfohlen werden.

C. H.

Briefe von Karl Marx an Dr. L. Kugelmann.

(Fortsetzung.)

London 30. Nov. 67.

Lieber Kugelmann!

Die Verzögerung meiner Antwort ist bloßem Unwohlsein geschuldet. Ich bin seit Wochen wieder auf dem Hund.

Zunächst meinen besten Dank für Ihre Bemühungen. Dem Liebknecht hat (oder wird) Engels geschrieben. Uebrigens hatte Liebknecht (zusammen mit Gök etc.) vor, im Reichstag eine Enquiry über die Arbeiterzustände zu verlangen. Er hatte mir in diesem Sinn geschrieben und ich hatte ihm auf sein Verlangen einige dahin einschlägige Parlamentsacte geschickt. Der Plan wurde vereitelt, weil sich in Folge der Geschäftsordnung keine Zeit mehr vorfand. Ueber einen Punkt können Sie dem Liebknecht besser schreiben als Engels oder ich. Und dies ist, daß es in der That seine Schuldigkeit, in Arbeiterversammlungen die Aufmerksamkeit auf mein Buch zu lenken. Thut er es nicht, so bemächtigen sich die Lassalleaner der Sache und in unrichtiger Weise.

Conzen (Privatdozent in Leipzig, Schüler und Anhänger Roschers) hat via Liebknecht ein Exemplar des Buchs von mir verlangt, und dafür ausführliche Neuere desselben von seinem Standpunkt versprochen. Das Buch ist ihm darauf von Meißner zugesandt worden. Es wäre dies ein guter Anfang.

Der Druckfehler Taucher statt „Faucher“ in Ihrer Notiz war mir lieb. Faucher gehört zu den ökonomischen „Reisepredigern“. Unter den „gelehrten“ deutschen Ökonomen wie Roscher, Rau, Mohl u. s. w. figurirt dieser Bursche nicht. Man thut ihm zu große Ehre an, wenn man ihn nur nennt. Ich habe ihn daher auch nie als Substantiv, sondern nur als Zeitwort figuriren lassen.

Wollen Sie Ihrer Frau Gemahlin als zunächst lesbar die Abschnitte über den „Arbeitstag“, „Cooperation, Theilung der Arbeit und Maschinerie“, endlich über die „ursprüngliche Accumulation“ bezeichnen. Ueber unverständliche Terminologie müssen Sie dann den Aufschluß geben. Bei sonstigen Bedenkllichkeiten stehe ich zur Verfügung.

Es ist beste Aussicht, in Frankreich (Paris) für ausführliche Besprechung des Buchs (im *Courrier français*, leider proudhonistisch!) und selbst für Uebersetzung vorhanden.

Sobald ich wohlter schreibe ich mehr. Ueberdies hoffe ich, daß Sie häufig schreiben. Es wirkt stets spornend auf mich.

Ihr K. M.

* * *

London 7. Dec. 67.

Lieber Augelmann!

Wenn sechs Leute von Ihrem Kaliber in Deutschland wären, so wäre der Widerstand der Philisternmasse und die *conspiration de silence* der Fachmänner und des Zeitungsgefindeels bereits so weit überwunden, daß wenigstens ernsthafte Discussion begonnen hätte. *Mais il faut attendre!*¹ In diesem Wort besteht das ganze Geheimniß der russischen Politik. Ich lege einen (mir gefälligst zu retournirenden) Brief von einem deutsch-russischen Arbeiter (Hohgerber) ein. Engels bemerkt richtig, daß die antiodibattische Philosophie — von Arbeitern selbst betrieben — in diesem Hohgerber verglichen mit dem Schuster Jakob Böhm großen Fortschritt gemacht hat. Dito daß außer „deutschem Arbeiter“ kein anderer fähig zu solcher Hirnproduction. — — — — —

Bucher hat, wie ich Ihnen wenn ich nicht irre erzählt, mich ja selbst aufgefordert, der ökonomische Correspondent der *vgl. preussischen Staatszeitung* zu werden. Sie sehen daher, daß, wenn ich solche Quellen benutzen wollte, ich es könnte ohne irgend welche dritte Vermittlung. — — —

Ihr Karl Marx.

Der von Marx erwähnte Brief rührt von Josef Diehgen her und hat folgenden Wortlaut:

Herrn Dr. Karl Marx in London.

Hochverehrter Herr!

Gestatten Sie, Ich bitte, Ihnen unbekannterweise meine Huldigung darzubringen, für die unschätzbaren Verdienste, welche Sie durch Ihre Forschungen sich sowohl um die Wissenschaft, wie speziell um die Arbeiterklasse erworben haben. In früher Jugend schon, als ich den überreichen Inhalt Ihrer Schriften mehr nur zu ahnen, als zu verstehen vermochte, wurde ich davon gefesselt und konnte nicht unterlassen zu lesen und wieder zu lesen, bis ich mir zur selbstgenügenden Klarheit verschaffen hatte. Die Begeisterung, welche nun das Studium Ihres jüngst in Hamburg erschienenen Werkes in mir erregt, reizt mich zu der vielleicht zudringlichen Unbescheidenheit hin, Ihnen meine Anerkennung, Verehrung und Dankbarkeit bezeugen zu wollen. Das in Berlin erschienene 1. Heft „Zur Kritik der politischen Oekonomie“ habe ich seinerzeit mit vielem Fleiße studirt und gestehe, daß niemals ein Buch, wie voluminös auch immer, mir soviel neue, positive Erkenntniß und Belehrung gebracht hat, wie dies kleine Heft. So habe ich denn die Fortsetzung mit vieler Ungeduld erwartet. Sie sprachen es zum erstenmal in klarer, unwiderstehlicher, wissenschaftlicher Form aus, was von jetzt ab die bewußte Tendenz der geschichtlichen Entwicklung sein wird, nämlich, die

¹ Aber man muß abwarten.

bisher blinde Naturmacht des gesellschaftlichen Produktionsprozesses dem menschlichen Bewußtsein zu unterordnen. Dieser Tendenz den Verstand gegeben, zu der Einsicht verholffen zu haben, daß unsere Production kopflos ist, das ist Ihre unsterbliche That, hochberehrter Herr! Allgemeine Anerkennung dafür wird und muß die Zeit Ihnen bringen. Zwischen den Zeilen Ihres Wertes lese ich, daß die Voraussetzung Ihrer gründlichen Oekonomie eine gründliche Philosophie ist.

Da letztere mir viel Arbeit gemacht hat, kann ich den Wunsch nicht unterdrücken, Ihnen mit dem Bekenntniß, daß ich ein nur elementarisch geschulter Vohgerber bin, kurze Mittheilung von meinen wissenschaftlichen Bestrebungen zu machen.

Mein Gegenstand war, von früh an, eine systematische Weltanschauung; Ludwig Feuerbach hat mir den Weg dazu gezeigt. Vieles jedoch verdanke ich eigener Arbeit, so daß ich nun von mir sagen darf: die allgemeinen Dinge, die Natur des Allgemeinen oder das „Wesen der Dinge“ ist mir wissenschaftlich klar. Was mir zu wissen übrig bleibt, sind die besonderen Dinge. Da ich davon Einzelnes weiß, sage ich mir, daß alles zu wissen für den Einzelnen zu viel ist.

Das Fundament aller Wissenschaft besteht in der Erkenntniß des Denkprozesses.

Denken heißt aus dem sinnlich Gegebenen, aus dem Besonderen das Allgemeine entwickeln.

Die Erscheinung bildet das nothwendige Material des Denkens. Sie muß gegeben sein, bevor das Wesen, das Allgemeine oder Abstracte zu finden ist. Das Verständniß dieser Thatsache enthält die Lösung aller philosophischen Räthsel. Die Frage z. B. nach Anfang und Ende der Welt gehört nicht mehr in die Wissenschaft, wenn die Welt nur Voraussetzung, aber nicht Resultat des Denkens oder Wissens sein kann.

Das Wesen des Gedankens ist die Zahl. Alle logischen Unterschiede sind rein quantitativ. Alles Sein ist ein mehr oder minder beständiges Scheinen, aller Schein ein mehr oder minder beständiges Sein.

Alle Ursachen sind Wirkungen und umgekehrt. Innerhalb einer nacheinander folgenden Reihe von Erscheinungen heißt das allgemein Vorhergehende Ursache. Von 5 Vögeln fliegen z. B. in Folge eines Schusses 4 auf und davon. Also heißt der Schuß Ursache, daß 4 fliegen und Unerforschbarkeit Ursache, daß 1 sitzt. Fliegt aber umgekehrt 1 und 4 sitzen, so heißt nicht mehr der Schuß, sondern die Schreckbarkeit Ursache des Fliegens. Ein berühmter Physiker schreibt: „Die Wärme selbst vermögen wir nicht wahrzunehmen, wir schließen nur aus den Erscheinungen auf das Vorhandensein dieses Agens in der Natur.“ Ich umgekehrt schließe aus der Unwahrnehmbarkeit der „Wärme selbst“ auf das Nichtvorhandensein dieses Agens und verstehe die Erscheinungen oder Wirkungen der Wärme als Materiatuur, woraus sich der Kopf den abstrakten Begriff Wärme bildet. Nennen wir ohne Verwechslung der Begriffe das Konkrete, Sinnliche Stoff, dann ist das Abstractum desselben die Kraft. Beim Abwägen eines Waarenballens wird ohne Rücksicht auf den Stoff der Gewichtskraft die Schwerkraft pfundweise gehandhabt. Der fabe Wüchner sagt: „Now what I want is facts“, but he does not know what he wants;¹ der Wissenschaft geht es nicht sowohl um Thatsachen, als um die Erklärungen der Thatsachen, nicht um Stoffe, sondern um Kräfte. Wenn auch in der Wirklichkeit Kraft und Stoff identisch sind, ist ihre Unterscheidung, die Trennung des Besondern und Allgemeinen doch mehr wie berechtigt. „Die Kraft läßt sich nicht sehen.“ Ei ja,

¹ „Nun, was ich brauche, sind Thatsachen“, aber er weiß nicht, was er braucht.

das Sehen selbst und das, was wir sehen, ist pure Kraft. Wir sehen wohl nicht die Dinge „selbst“, sondern nur ihre Wirkungen auf unsere Augen. Der Stoff ist unvergänglich, das heißt nur, überall und zu allen Zeiten ist Stoff. Der Stoff erscheint und die Erscheinungen sind stofflich. Der Unterschied zwischen Schein und Wesen ist nur quantitativ. Das Denkvermögen setzt zusammen, aus dem Vielen das Eine, aus Theilen das Ganze, aus dem Vergänglichen das Unvergängliche, aus den Accidenzen die Substanz.

Moral. Unter Moral versteht die Welt die Rücksichten, welche der Mensch sich und den Nebenmenschen zum Zweck des eignen Heils zollt. Zahl und Grad dieser Rücksichten bestimmen verschiedene Menschen und Menschenkreise verschieden. Den Kreis gegeben, vermag die Denkkraft nur das Allgemeine vom besondern Recht zu trennen. Was ist Zweck? Was ist Mittel? Dem abstracten menschlichen Heil gegenüber sind alle Zwecke Mittel und insofern gilt unbedingt der Grundsatz: „Der Zweck heiligt das Mittel.“

Wenn nicht der Mangel an Gelehrsamkeit mich hinderte, würde ich über diese Thematata ein Werk schreiben, so viel Neues glaube ich davon zu wissen.

Entschuldigen Sie, verehrter Herr, daß ich mir anmaße, derart Ihre Zeit und Aufmerksamkeit in Anspruch zu nehmen. Ich vermeinte, Sie durch den Beweis erfreuen zu können, daß die Philosophie eines Handarbeiters klarer ist, wie durchschnittlich unsere heutige Professoren-Philosophie. Ihren Beifall würde ich höher schätzen, als wenn irgend eine Akademie mich wollte zu ihrem Mitglied ernennen.

Ich schließe mit der nochmaligen Versicherung, daß ich den innigsten Antheil nehme an Ihren über unsere Zeit weit hinausreichenden Bestrebungen. Die sociale Entwicklung, der Kampf um die Herrschaft der Arbeiterklasse, interessirt mich lebhafter wie die eigenen Privatangelegenheiten. Ich bedaure nur, nicht thätiger dabei mitwirken zu können. Allons enfants pour la patrie!

Joseph Diezgen, Meister der Blasmirschen Lederfabrik,
Wassili Ostrow, St. Petersburg.

24. October/7. Nov. 1867.

* * *

Lieber Angelmann!

London, 11. Januar 1868.

D'abord meine besten happy new years für Ihre liebe Frau, Fränzchen und Sie selbst. Und dann my best thanks für den Jupiter und das Interesse, womit Sie Propaganda machen und die deutsche Presse am Narrenseil führen. Wie unser leider zu früh verstorbener Freund Weerth sang:

„Es giebt nichts schöneres auf der Welt Als über alle die plumpen Gesellen
Als seine Feinde zu beißen, Seine schlechten Witze zu reißen!“

In dem Augenblicke, wo ich Ihnen schreibe, bin ich noch nicht ganz hergestellt und noch nicht wieder arbeitsfähig! Wieder viele Wochen verloren, nicht einmal pour le roi de Prusse!

Aus der Kritik des Herrn Dühring spricht vor Allem — Angst!¹ Es wäre mir lieb, wenn Sie mir Dührings Buch „Gegen die Verkleinerer Carey's“ dito von Thünens „Der isolirte Staat mit Bezug auf die Landwirthschaft“ oder so ähnlich besorgen könnten (zugleich mit Preisquotation). Hier dauern derartige Bestellungen zu lang.

(Fortsetzung folgt.)

Ihr Karl Marx.

¹ Diese Kritik erschien 1867 in „Ergänzungsblätter zur Kenntniß der Gegenwart“, III, Heft 3.